



# Was folgt nach 2010?

Leitlinien für die europäische Sicherheitspolitik im  
Zeitalter der Globalisierung

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, Juli 2007 (Original englische Fassung)  
Deutsche Übersetzung, Gütersloh, Februar 2008  
Projekt „Europas weltpolitische Mitverantwortung“  
Verantwortlich: Stefani Weiss, stefani.weiss@bertelsmann.de  
Umschlagbild: Venusberg, Bonn (Thomas van de Wall, Gummersbach)

Die Venusberg-Gruppe

# **Was folgt nach 2010?**

**Leitlinien für die europäische Sicherheits-  
politik im Zeitalter der Globalisierung**

Gütersloh, Juni 2007

| Was folgt nach 2010?

## Die Berliner Erklärung

„Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. [...] Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben. Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus oder Gewalt werden. Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. Dabei wollen wir auch weiter eine führende Rolle einnehmen. Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.“

*Berliner Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Berlin, 25. März 2007*

| Was folgt nach 2010?

## Vorwort

Der dritte Venusberg-Bericht macht es sich zur Aufgabe, von der Notwendigkeit einer wirk-samen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU) zu überzeugen. In der Berliner Erklärung zur Feier des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge wird unmissverständlich darauf hingewiesen, dass sich Europa den Herausforderungen der Gegenwart stellen muss. Wenn es Europa nicht gelingt, die strategische Lücke zwischen dem, was Europa heute zur weltweiten Stabilität beiträgt, und dem, was es aufgrund seiner Geltung und Macht leisten müsste, zu schließen, werden sich die Gefahren für die Bürger Europas zus-pitzen. Die neue strategische Mixtur, die sich aus dem komplexen Zusammenwirken von mangelnder Energiesicherheit, einem weltweiten Gürtel der Instabilität jenseits staatlicher Kontrolle, strategischem Terrorismus und organisierter internationaler Kriminalität ergibt, stellt die Schattenseite der Globalisierung dar. Die Spannbreite der Herausforderung, mit denen sich Europa konfrontiert sieht, wird umso deutlicher, betrachtet man die Krise amerikanischer Führungsmacht, die Entwicklung neuer Mächte wie China und Indien sowie die komplexen Probleme der Nachbarregionen Europas in Zentralasien, im Nahen Osten und in Afrika. Die Europäische Union muss sich von der Fixierung auf innere Strukturen lösen und eine strategische Vision für ihre Außenpolitik entwickeln. Akteure der internationalen Politik warten nicht darauf, ob sich die Staaten Europas auf einen strategischen Konsens einigen können. Nur ein umfassendes Programm des strategischen Sicherheitsengagements, welches das ganze zivil-mili-tärische Spektrum umfasst, wird Europa in die Lage versetzen, jene Rolle auszufüllen, für die es in besonderer Weise qualifiziert ist. Das ist der Kerngedanke des Projekts Europäische Sicherheit.

Im Falle des Scheiterns würden die Europäer ihre heutige Fähigkeit zur Gestaltung inter-nationaler Entwicklungen verlieren. Stattdessen entstünde ein strategisches Machtvakuum, das von anderen Akteuren gefüllt würde, deren Ansinnen sich nicht an der Nützlichkeit eines legit-imen, effektiven Multilateralismus orientiert. In solch einer Gemengelage blieben die Europäer auf reaktives Handeln beschränkt und würden erneut mit einer gefährlichen „balance of power“ konfrontiert, ähnlich jener, die Europa in der Vergangenheit so anfällig für nachhaltige Veränderungen machte. Für die Ordnungsfunktion internationaler Institutionen wie die Vereinten Nationen bliebe kaum Raum.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Macht auf der Ebene von Staaten verbleiben kann und inwieweit Macht auf Ebene der Europäischen Union zusammengeführt werden kann. Auch wenn klar ist, dass die Mitgliedstaaten die Kontrolle über einen Großteil der europäischen Sicherheit behalten werden, ist zu klären, ob es letztendlich die einzelstaatliche Ebene ist, auf der Entscheidungen hinsichtlich des Maßes, der Spannbreite und der Organisation kosteneffizienter strategischer Sicherheit am besten getroffen werden können. Kein Land Europas kann gegenwärtig als wirkliche Großmacht betrachtet werden. Gleichwohl wird von den EU-Mitgliedstaaten ein verstärktes Bewusstsein hinsichtlich Strategie, Gemeinsamkeit und Solidarität verlangt werden, um das Gleichgewicht zwischen Sicherheit, Freiheit und Wirtschaft zu erhalten.

Das Projekt Europäische Sicherheit soll wegweisend sein, denn nur die EU kann den Europäern eine kosteneffektive Gesamtstrategie für umfassende Sicherheit bieten. Dies führt nicht zu einem europäischen Superstaat, sondern baut vielmehr auf den funktionalen Integrationserfahrungen Europas von fünf Jahrzehnten auf. Ohne eine wesentlich engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, verbunden mit einer deutlich verstärkten Sicherheitsrolle für die EU, werden die Bürger Europas deutlich weniger Sicherheit erfahren.

Das Projekt Europäische Sicherheit baut also auf dem auf, was als umfassender Sicherheitsbegriff bekannt geworden ist. Dieser Ansatz will ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schutz und Machtprojektion sowie strategischer Sicherheit und „human security“ herstellen, indem eine kosteneffektive und strategische Verbindung zwischen Sicherheit und Verteidigung wie auch zivilen und militärischen Mittel und Vorhaben hergestellt wird. Gleichzeitig soll die EU sich neuen strategischen Partnerschaften öffnen und bestehende Partnerschaften erneuern. Das transatlantische Verhältnis wird für absehbare Zeit der Eckpfeiler für die Sicherheit Europas bleiben. Darüber hinaus müssen die Europäer weitere strategische Partnerschaften suchen, um globale Stabilität zu gewährleisten, auf die sich wiederum ihre eigene Sicherheit stützt.

Das Projekt Europäische Sicherheit fordert die Ausgewogenheit zwischen „hard security“ und „soft security“. Hierbei sollte die EU das Bekenntnis zu militärischen Investitionen nicht hinter der zivilen Sicherheit zurückstellen. Ohne eine starke und glaubwürdige strategisch-militärische Komponente werden all die anderen Instrumente der EU, ob diplomatischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Art, deutlich geschwächt.

Dieser Bericht der Venusberg-Gruppe will einen Ansatz bieten, um die EU in die Lage zu versetzen, ihr vorhandenes Potenzial entfalten, um als globaler und umfassender Sicherheitsrahmen zu wirken. Fünfzig Jahre nachdem die Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ins Leben gerufen haben, ist es an der Zeit, dass die Europäer das politische Momentum erneuern, welches Europas Gesicht so nachhaltig verändert hat. Hierzu müssen die Mitgliedstaaten und die Institutionen der EU partnerschaftlich eine langfristige strategische Vision entwickeln, die über das Jahr 2010 hinaus reicht. Dies ist die Kernbotschaft des dritten Venusberg-Berichts.

## **Die Venusberg-Gruppe**

## Inhalt

Vorwort .....	5
Zusammenfassung .....	9
<b>1. Fünfzig Jahre sind vergangen ...</b> .....	<b>14</b>
1.1 Europa in einer sich wandelnden Welt .....	14
1.2 Das Projekt Europäische Sicherheit .....	15
1.3 Europas Interessen .....	17
<b>2. Europa und die Schattenseite der Globalisierung</b> .....	<b>20</b>
2.1 Eine Welt des Wandels und der Komplexität .....	20
2.2 Vitalinteresse: Energiesicherheit .....	21
2.3 Vitalinteresse: Kampf gegen den strategischen Terrorismus, die internationale Kriminalität und die Demokratisierung von Massenvernichtungswaffen .....	23
2.4 Vitalinteresse: Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Umgang mit dem Iran und seinen Nuklearambitionen .....	24
2.5 Vitalinteresse: Verhinderung und Bewältigung von Pandemien .....	25
2.6 Kerninteresse: Stabilität und Entwicklung in Afrika .....	25
2.7 Kerninteresse: Umweltsicherheit .....	26
2.8 Gemeininteresse: „Human Security“ .....	26
2.9 Gemeininteresse: Wirksame Katastrophenhilfe .....	27
2.10 Bewältigung der Schattenseite der Globalisierung .....	28
<b>3. Lagebericht zur europäischen Sicherheit</b> .....	<b>29</b>
3.1 Souveränität und Sicherheit .....	29
3.2 Bisherige Fortschritte .....	30
3.3 Militärische wie zivile Einsätze und Fähigkeiten .....	31
3.4 „Work in Progress“ .....	32
3.5 Erforderliche Arbeiten .....	33
3.6 Strategische Partnerschaften .....	33
3.7 Das transatlantische Verhältnis .....	35
3.8 Strategische Fähigkeiten und Leistungskraft .....	36
3.9 Öffentliche Unterstützung .....	38
3.10 Notwendige Maßnahmen für europäische Sicherheit .....	38

<b>4.</b>	<b>Projekt Europäische Sicherheit: Der Führungsplan</b>	<b>40</b>
4.1	Führung schaffen	40
4.2	Reform des EU-Sicherheitssektors	42
4.3	Institutionelle Reform	44
<b>5.</b>	<b>Projekt Europäische Sicherheit: Der strategische Partnerschaftsplan</b>	<b>46</b>
5.1	Strategische Partnerschaften fördern	46
5.2	Die EU und Russland	46
5.3	Die EU, China und Indien	47
5.4	Die EU, die USA und die NATO	48
<b>6.</b>	<b>Projekt Europäische Sicherheit: Der Verteidigungsplan</b>	<b>51</b>
6.1	Die Rolle von Streitkräften	51
6.2	Fokussierung europäischer militärischer Planung	54
6.3	Schnelle Modernisierung europäischer Verteidigung	55
6.4	Eine Europäische Verteidigungsstrategie	56
<b>7.</b>	<b>Projekt Europäische Sicherheit: Der Solidaritätsplan</b>	<b>58</b>
7.1	Besinnung auf die Grundlagen Europas	58
7.2	Der neue europäische Sicherheitskonsens	59
7.3	Vermittlung des europäischen strategischen Sicherheitsgedankens	59
	<i>Die Venusberg-Gruppe</i>	64
	<i>European Foreign and Security Policy</i>	65

## Zusammenfassung

### Weshalb jetzt?

*Die Schattenseite der Globalisierung:* Die Welt von heute wird durch die Schattenseite der Globalisierung geprägt und macht die Gefahren einer uneingeschränkt marktgesteuerten Herangehensweise an die internationalen Beziehungen sichtbar. Sollten die führenden Mächte nicht zu einer verstärkten politischen Zusammenarbeit gelangen, dann können durch die Globalisierung ein destruktiver Wettbewerb, Anarchie und ein Machtungleichgewicht entstehen. Auf europäischer Ebene ist ein tief greifender Wandel des Denkens erforderlich. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU besteht schon seit Anfang der 90er Jahre, einer Zeit, die wesentlich weniger gefährlich war als heute. Für die Europäische Union und ihre Bürger ist es nun an der Zeit, über das Jahr 2010 hinauszublicken sowie global zu denken und zu handeln.

*Europas globale Verantwortung:* Aufgrund des Reichtums und der Macht der EU nimmt sie die Rolle eines globalen politischen Akteurs ein. Globale Macht zieht weltweite Verantwortung nach sich und erfordert europäisches Engagement für die Sicherheit der Welt, also nicht nur in und um Europa. Wenngleich die Europäer gezwungen sind, künftig viel schärfere Kriterien zur Begründung von Interventionen heranzuziehen als in der Vergangenheit, so müssen sie dennoch ihre kollektive Fähigkeit zu politischem, diplomatischem und zuweilen auch militärischem Handeln in sehr hohem Maß ausbauen.

### Die strategischen Herausforderungen an die EU

Energiesicherheit wird eine grundlegende Triebfeder des Wandels im internationalen Staatensystem darstellen. Um das wirtschaftliche Wachstum in vielen Teilen der Welt vorantreiben zu können, ist ein Wettbewerb um Energie entstanden, der neue Machtverhältnisse schafft. Allerdings sind Energiesicherheit und der Wettstreit um Energie nicht die einzigen strategischen Herausforderungen, denen sich die Europäische Union stellen muss. Diese äußern sich zudem beispielsweise in Form von religiös motiviertem Radikalismus und Terrorismus wie auch internationaler Kriminalität, die sich die zunehmende Mobilität von Menschen, Gütern und Geld zunutze machen. Außerdem verstärkt sich die Proliferation von Technologien mit massiver Zerstörungskraft. Hinzu kommt ein globales Risiko durch Pandemien und eine fortschreitende Umweltzerstörung als Konsequenz einer zunehmenden globalen Ökonomisierung.

### Der Führungsplan

*Breit angelegte Sicherheitspolitik:* Das Sicherheitsumfeld von heute und die damit verbundene Komplexität bringt neue Herausforderungen mit sich. Mit dem Entstehen neuer Mächte geht eine tendenzielle Stärkung der traditionellen Rolle von militärischer Sicherheit als

Bestimmungsfaktor für Macht und Machtbalance einher. Das parallele und sich gegenseitig beeinflussende Auftreten von nichtstaatlicher Macht und „human insecurity“ verkompliziert das Handeln für die mit Sicherheitsfragen befassten politischen Akteure. Heute wird strategische Wirkung durch eine breit angelegte Sicherheitspolitik und nicht durch Verteidigungspolitik erreicht. Folglich ist Verteidigungspolitik nur eine Unterkategorie der Sicherheitspolitik. Für das Herbeiführen einer strategischen Wirkung ist daher ein gemeinsamer Sicherheitsansatz essenziell, der alle nationalen und womöglich auch transnationalen Bemühungen in einem komplexen Sicherheitsumfeld koordiniert.

*Führung schaffen:* In einem solchen Sicherheitsumfeld kommt es insbesondere auf Führungskraft an. Für die erfolgreiche Gestaltung einer wirksamen europäischen Gesamtstrategie ist ein strategischer Konsens zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien entscheidend, da sie als die drei großen europäischen ‚Investoren in Sicherheit‘ gelten. Eine solche Führungsgruppe kann und darf andere aber nicht ausschließen. Auch wenn eine Führungsgruppe erforderlich ist, muss ein Ausgleich zwischen Führung und Repräsentation und damit zwischen Macht und Legitimität getroffen werden. Die EU ist der hierfür geeignete Rahmen.

*EU-Sicherheitspolitik:* Wirksame Sicherheitspolitik verknüpft Führung, Vision und Wirkung. Es bedarf daher einer EU-Sicherheitspolitik, die sich auf vier strategische Grundsätze stützt:

- Die Fähigkeit, sich frühzeitig mit einem breiten Spektrum von Bedrohungen auseinanderzusetzen, egal, von wo sie auch ausgehen,
- die Bildung von echten strategischen Partnerschaften mit gleichgesinnten Staaten und Institutionen, die sich übereinstimmend der weltweiten Stabilität verpflichten,
- die Erneuerung des Systems institutionalisierter globaler Sicherheit mittels eines effektiven Multilateralismus sowie
- die weitere Stärkung der Sicherheit in und um Europa.

*Ein Europäischer Strategischer Gesamtansatz:* Die Sicherheitspolitik der EU muss durch einen Europäischen Strategischen Gesamtansatz in der Sicherheitspolitik ermöglicht werden, der zivile und militärische Mittel strategisch effektiv einsetzt und das Zusammenwirken von EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen organisiert. Ein solcher Ansatz würde mit besseren Strukturen und engerer Koordination all jener nationalen Stellen der EU-Mitgliedstaaten einhergehen, die für äußere oder innere Sicherheit zuständig sind. Die EU muss auf diese Weise zu einem Sicherheitszentrum werden, das die breit angelegten strategischen Sicherheitsfragen erfolgreich angehen kann.

*Ein Europäisches Strategisches Konzept:* Um die Sicherheitspolitik der EU weiter voranzubringen, muss die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) gestärkt werden. Die EU braucht ein genuin europäisches Strategiekonzept, das in einer sich schnell wandelnden Welt, die ständig neue Herausforderungen mit sich bringt, Politikern und Bürgern gleichermaßen das Was, Warum, Wann, Wo und Wie des weltpolitischen Handelns der EU verständlich macht.

*Effektive Entscheidungsfindung in Krisen:* Die Entscheidungsprozesse der EU müssen dringend reformiert werden, damit die Union in die Lage versetzt wird, in Krisen wirksam und rasch zu handeln. Die EU braucht daher starke politische Führung. Ein EU-Außenminister bzw. Hoher

Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU könnte diese Rolle zusammen mit einem diplomatischen Dienst der EU ausfüllen, unterstützt durch leistungsfähige nachrichtendienstliche Fähigkeiten. Die Solidaritätsklausel muss nunmehr umgesetzt werden, um den Bürgern Europas und den strategischen Partnern den Willen und die Entschlossenheit der EU zu vermitteln, effektiv zu handeln.

*Eine Sicherheits- und Verteidigungsgruppe:* Es bedarf einer dem Europäischen Rat unterstehenden Sicherheits- und Verteidigungsgruppe, in der möglicherweise der neue Außenminister/Hohe Vertreter selbst den Vorsitz führen könnte. Diese Gruppe würde von den großen EU-Staaten als ständige Mitglieder gebildet und durch kleinere Mitgliedstaaten mit rotierendem Sitz ergänzt. Solch eine Gruppe würde das Primat der Mitgliedstaaten wiederherstellen, indem sie sämtliche sicherheitspolitische Aktivitäten der Union lenkt und ein direkteres Verhältnis zwischen staatlichen Sicherheitsstrukturen, nationalen Parlamenten und den strategischen Sicherheitsaktivitäten der Union sicherstellen würde. Diese Gruppe könnte sich im Laufe der Zeit zu einem EU-Sicherheitsrat entwickeln.

*Verbesserte innere Organisation:* Die EU bedarf im Inneren einer verbesserten Organisation. Die Kommissare sollten im Zusammenwirken mit ihrem jeweiligen Gegenüber im Rat sogenannte „Challenge Clusters“ leiten. Hierbei würde es sich um aufgabenorientierte Arbeitsgruppen handeln, die sich mit spezifischen Sicherheitsproblemen wie dem Klimawandel, der Wasserknappheit, den Veränderungen beim Nahrungsmittelbedarf, dem Bevölkerungswachstum etc. befassen. Solche Gruppen könnten in Verbindung mit Leitnationen gedacht werden und auf diese Weise dem Prinzip von Avantgardegruppen und strukturierter Zusammenarbeit folgen.

*Direktorat für Strategische Angelegenheiten der EU:* Um die Sicherheits- und Verteidigungsgruppe zu unterstützen, sollten die Mitgliedstaaten das Ratssekretariat und die mit Sicherheit und Verteidigung befassten Bereiche der Kommission in einem neu geschaffenen Direktorat für Strategische Angelegenheiten zusammenführen. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) und der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen könnten in einem neuen EU-Ausschuss für Strategische Angelegenheiten aufgehen.

## **Der strategische Partnerschaftsplan**

*Neue strategische Partnerschaften:* Dreh- und Angelpunkt der Erhaltung weltweiter Stabilität wird eine effektive Außenpolitik sein. Die EU muss enge strategische Partnerschaften mit allen wichtigen Akteuren entwickeln, d. h. sowohl mit Staaten als auch mit Institutionen. Dazu müssen auch Mächte gehören wie die aufsteigenden bzw. wieder erstarkenden Staaten Russland, China, Japan und Indien sowie regionale Eckmächte wie Brasilien, Südafrika, Südkorea und Australien. Solche Partnerschaften würden für den effektiven Multilateralismus als zentrales Element der Sicherheitspolitik der EU förderlich sein, indem sie die EU zu einem unentbehrlichen Teil in einem Netz stabilisierender regionaler Partnerschaften machen. Dadurch würde Europas politische Legitimität und Leistung gestärkt und die weltweite Stabilität gefördert.

*Ein neues transatlantisches Dreieck:* Das transatlantische Verhältnis bedarf einer Modernisierung. Gefragt ist ein erneuertes Verhältnis, das sich auf ein Dreieck aus EU-USA-NATO stützt, um die Europäer zu strategisch handelnden Akteuren werden zu lassen. Es bleibt ein

Kerninteresse Europas, die USA weiterhin in die Sicherung der strategischen Nachbarschaft Europas einzubeziehen. Das Verhältnis zwischen EU und NATO muss deshalb gestärkt und vertieft werden, um den Europäern glaubhafte politische Handlungsoptionen zu verschaffen. Es liegt im amerikanischen Kerninteresse, dass die Europäer autonom handlungsfähig werden, da gestärkte europäische Staaten bessere Verbündete sein werden. Im Gegenzug werden die USA auch weiterhin ihre strategische Verteidigungsgarantie durch die NATO bereitstellen, die für den Schutz wie auch die Machtprojektion der Europäer entscheidend ist. Hierfür muss die EU ein direktes strategisches Verhältnis zu den USA auf der Grundlage des Europäischen Strategischen Gesamtansatzes entwickeln, mit besonderer Betonung der inneren Sicherheit.

Die EU wird kaum legitimierte sicherheitspolitische Macht entfalten können, wenn sie nicht in der Lage ist, ihr Territorium angemessen zu schützen. Eine autonome Territorialsicherung der EU umfasst fünf Elemente: Raketenabwehr, Abschreckung, konventionelle Verteidigung, Lufthoheit und die Bewältigung der Folgen eines (terroristischen) Angriffs („consequence management“).

## Der Verteidigungsplan

*Eine Europäische Verteidigungsstrategie:* Die Rolle wirkungsvoller, adäquater Streitkräfte ist von zentraler Bedeutung für die Ausgestaltung der Sicherheitspolitik der EU, wenn diese jenseits des Headline Goal 2010 die Weiterentwicklung einer strategischen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zügig vorantreiben will. Eine Europäische Verteidigungsstrategie ist daher unumgänglich. Für diesen Zweck muss der EU die nötige Planungsfreiheit für eine sichere Zukunft gewährt werden. Dies schließt die begründete Aussicht auf strategische Verteidigungsinvestitionen, finanziell wie materiell, aus allen Teilen der Union mit ein.

Zur Vorbereitung auf eine Europäische Verteidigungsstrategie ist eine Reihe von Sofortmaßnahmen erforderlich:

- Die Petersberg-Aufgaben wurden zu Beginn der 90er Jahre vereinbart, doch Rettungseinsätze und humanitäre Aufgaben, Krisenbewältigung und die Rolle von Kampftruppen bei Frieden schaffenden Maßnahmen haben sich im Lauf von anderthalb Jahrzehnten deutlich verändert. Nicht nur das Einsatzumfeld ist nun ein ganz anderes, sondern die Komplexität moderner Operationen macht eine Neubewertung der Aufgaben und ihre Implikationen erforderlich.
- Ein besserer gegenseitiger Zugang zu nachrichtendienstlichen Erkenntnissen ist unverzichtbar für effektive und glaubwürdige Militäreinsätze im europäischen Rahmen. Hierzu würde eine nachrichtendienstliche Fähigkeit der EU die bestehenden Vereinbarungen wesentlich verbessern. Folglich sind Fortschritte beim gegenseitigen Zugang zu nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und geschützten Informationen nötig.
- Damit die Mitgliedstaaten der EU die notwendige militärische Ausrüstung zu erschwinglichen Preisen und innerhalb eines realistischen Zeitrahmens erlangen können, muss die europäische rüstungsindustrielle und rüstungstechnische Basis sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite konsolidiert werden. Konsequenterweise muss die Europäische Verteidigungsagentur gestärkt werden und eine verbesserte Initiativ- und Koordinationsrolle bekommen.

*Europäische Streitkräfte:* Europa braucht viel mehr Truppen, die fähig und in der Lage sind, länger andauernde und anspruchsvolle Koalitionseinsätze im Ausland durchzuführen und dabei zugleich auch als Kernelement anhaltender Stabilisierung zu wirken. Die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten müssen rechtzeitig dazu befähigt werden, sämtliche von ihnen erwartete Missionen durchzuführen. Zunächst muss besonderes Augenmerk auf die Entwicklung robuster, entsendbarer Kräfte gerichtet werden. Diese müssen auf oberster Operationsebene durch Spezialkräfte und auf unterster Ebene durch Gendarmeriekräfte gestärkt werden, sodass sie entsprechende Stabilisierungsaufgaben wahrnehmen können.

## **Der Solidaritätsplan**

*Wiederherstellung einer von der Öffentlichkeit getragenen Solidarität:* Das Projekt Europäische Sicherheit muss der europäischen Bevölkerung eine zentrale sicherheitspolitische Nachricht vermitteln: Großer wirtschaftlicher Wohlstand, gesellschaftliche Stabilität und die Erhaltung der Umwelt können nur mit Hilfe einer wirksamen europäischen Sicherheitspolitik erreicht werden. Durch diesen Solidaritätsplan muss die Verbindung zwischen globaler und europäischer Sicherheit gestärkt werden.

## 1. Fünfzig Jahre sind vergangen ...

**Die Europäische Union umfasst heute 27 Staaten mit 500 Millionen Menschen, die ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts der Welt produzieren.**

### 1.1 Europa in einer sich wandelnden Welt

#### **Strategisches Denken**

Fünfzig Jahre nach den Römischen Verträgen von 1957 und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat sich Europa grundlegend verändert. Strategisches Denken ist in vielerlei Hinsicht verlangt. Energiesicherheit steht hierfür exemplarisch. Der Wohlstand Europas hängt grundlegend davon, Energiequellen in ausreichendem Maße sicherzustellen, Energieversorgung zu garantieren, die entsprechenden Seetransportwege zu schützen und Europas Abhängigkeit von anderen Staaten zu verringern. Energiesicherheit ist ein vorrangiges europäisches Interesse. Die bisherige Unentschlossenheit der EU hinsichtlich der Lösung des energiepolitischen Sicherheitsdilemmas legt den Mangel an strategischem Denken sowie das Unbehagen vieler EU-Mitgliedstaaten bezüglich der Kosten für die Sicherung eigener Interessen offen. Dies führt dazu, dass sich die EU oftmals in einen übertriebenen Institutionalismus flüchtet und dadurch die Wirkung ihres Handelns schwächt. Europa hat legitime Interessen und die EU muss geeignete sicherheitspolitische Schritte unternehmen, um sie zu schützen.

#### **Das Paradoxon amerikanischer Strategie und europäischer Ressourcen**

Um europäische Interessen durchzusetzen, muss ein autonomer strategischer Effekt generiert werden. Zwischen Macht, Strategie, Organisation, Ressourcen und Entscheidungsfindung besteht eine enge Wechselbeziehung. Nationale Sicherheitspolitiken bieten eine übergeordnete Begründung für die Gestaltung jener nationaler Mittel (wirtschaftlicher, diplomatischer, kultureller und militärischer Art), die Sicherheit gewährleisten. Jedoch kann kein europäischer Staat ausreichende Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen aufbringen, mit denen die Bürger Europas konfrontiert sind. Es bedarf einer „Grand Strategy“ auf europäischer Ebene, da europäische Strategie bislang nicht viel mehr als ein Zusatz zur amerikanischen Strategie war. Dies bedeutet nicht, dass der Dienst, den die USA in den vergangenen 50 Jahren für Europa geleistet haben, nicht geschätzt würde. Vielmehr zeigt sich, dass die Belastungen, denen Europäer gegenwärtig in Afghanistan und im Irak ausgesetzt sind, nicht nur einen grundsätzlichen Mangel von militärischen und auch breiteren sicherheitspolitischen Fähigkeiten widerspiegeln, sondern auch, dass amerikanische und europäische Ansätze stärker miteinander verknüpft werden müssen. Strategie muss über Ressourcen, Strukturen und Kulturen sowie den Grad von Verbindlichkeit beteiligter Akteure definiert werden. Angesichts des heutigen

Sicherheitsumfelds ist es für die Europäer zwingend, strategischen Effekt durch eine genuine Außen- und Sicherheitspolitik hervorzubringen, ungeachtet der kurzfristigen politischen Probleme der EU. Effektiver Multilateralismus muss daher mehr sein als eine bürokratische Vereinbarung. Er muss die Grundlage für ein neues europäisches Sicherheitscredo darstellen.

Die Notwendigkeit für eine solche Politik wird durch zwei grundlegende Erkenntnisse unterstrichen. Erstens können die Europäer wegen ihres Reichtums und ihrer Macht nicht die Augen vor den Auswirkungen weltweiter Instabilität verschließen. Für die kleineren Mitgliedstaaten gilt, dass sie durch den Beitritt zur EU nicht nur sicherheitspolitische Vorteile erwerben, sondern auch an der sicherheitspolitischen Mitverantwortung der großen Mitgliedstaaten teilhaben. Zweitens können die Europäer nur dann strategischen Effekt generieren, wenn sie gemeinsam handeln. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, dass die politischen Führungen in Europa Schlüsselemente der Außenbeziehungen der EU überdenken. Angesichts der Dringlichkeit, die sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit Europas zu stärken, und der Tatsache, dass die EU auf 27 Mitglieder angewachsen ist, müssen die Entscheidungsprozesse der EU reformiert und alle Aspekte der Außenbeziehungen harmonisiert werden. Die EU braucht aus diesem Grund eine starke außenpolitische Führung. Ein Außenminister bzw. Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik kann diese Rolle zusammen mit einem diplomatischen Dienst der EU ausfüllen, unterstützt durch leistungsfähige nachrichtendienstliche Fähigkeiten. Die Solidaritätsklausel muss nunmehr umgesetzt werden, um den Bürgern Europas und den strategischen Partnern den Willen und die Entschlossenheit der EU zu vermitteln, effektiv zu handeln.

**Strategische  
Wirkung  
Europas**

Ein strategisches Konzept der EU würde auf der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 aufbauen, indem die EU zusätzliche Aufgaben übernimmt und eine verbesserte Organisation und Koordination all jener nationalen Stellen mit außenpolitischen Verantwortungen der EU-Mitgliedstaaten unter der Ägide der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) fördert. Hierzu muss ein Europäischer Strategischer Gesamtansatz entwickelt werden, der durch die Stärkung neuer ziviler Instrumente und Fähigkeiten über die Rolle von Streitkräften in der umfassenden Sicherheit hinausreicht.

**Sicherheits-  
politisches  
und strate-  
gisches  
Konzept  
für Europa**

## **1.2 Das Projekt Europäische Sicherheit**

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht 1993 gibt es die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Sie entstand jedoch in einer Zeit, die wesentlich weniger gefährvoll war als heute. Angesichts der großen Anzahl an EU-Mitgliedstaaten, die auf der Grundlage eines umfassenden zivil-militärischen Konzepts und der Harmonisierung von äußeren und inneren Sicherheitsanstrengungen eine neue Sicherheitspolitik erarbeiten, müssen die Bemühungen der Union und ihrer Mitgliedstaaten enger in Einklang gebracht

werden. Die EU folgt bereits heute einen umfassenden Sicherheitsansatz und bringt daher spezifische Voraussetzungen mit, um eine auf dem effektiven Multilateralismus gestützte globale Rolle einzunehmen, doch ist das Potenzial dieses Ansatzes noch nicht ausreichend ausgeschöpft.

Über die breit angelegte Sicherheitspolitik, die alle nationalen Mittel umfasst, kann eine globale Wirkung entfaltet werden, bei der Verteidigungspolitik nur als eine Unterkategorie von Sicherheitspolitik anzusehen ist. Um Wirkung zu erreichen, ist ein Sicherheitsansatz notwendig, der alle nationalen und transnationalen Bemühungen wirksam koordiniert.

**Europas  
Sicherheits-  
lücke**

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist durch ein Paradoxon gekennzeichnet. Zwar wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten hilfreich, um Sicherheitslücken zu schließen, doch der Widerstand der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Übertragung sicherheitspolitischer Zuständigkeiten auf die supranationale Ebene wirkt dem entgegen. Ein wesentliches Problem stellt in diesem Zusammenhang der Mangel an Vertrauen dar, was sich insbesondere bei den Meinungsunterschieden hinsichtlich der Konflikte im Irak und in Afghanistan zeigte. Deshalb ist es notwendig, das Vertrauen zwischen europäischen Staaten zu festigen.

**Politischer  
Durchbruch**

Zu diesem Zweck braucht Europa eine strategische Sicherheitsinitiative, die Mitgliedstaaten enger aneinander bindet. Deren sicherheitspolitische Bemühungen sind in Gleichklang zu bringen, des Weiteren sind entsprechende institutionelle Reformen gefordert und es bedarf eines breiten öffentlichen Diskurses. Das Projekt Europäische Sicherheit erfordert einen politischen Durchbruch, um die EU vom regionalen zum globalen Sicherheitsakteur umzugestalten. Folgende Aufgaben sind hierbei zu bewerkstelligen:

- Die sicherheitspolitischen Bestandteile der Vertragsreform sind umzusetzen.
- Die GASP muss neu belebt werden, da ihr Begründungszusammenhang unter anderen Zeitumständen entstanden war.
- Entsprechend dem Europäischen Strategischen Gesamtansatz muss eine kosteneffektive Sicherheitsstrategie zivil-militärische Wirkung entfalten.
- Die Lücke zwischen der gegenwärtigen Europäischen Sicherheitsstrategie und einem Europäischen Strategischen Konzept muss überbrückt werden. Folglich müssen klare Leitlinien für sicherheitspolitisches Planen und Bezugspunkte für Investitionen in Sicherheit geschaffen werden.
- Eine Europäische Verteidigungsstrategie und die Liste militärischer Aufgaben für die Zeit nach 2010 muss ausgearbeitet werden.
- Die Europäische Union muss künftig mehr globales und strategisches Denken entwickeln.
- Die Bürger Europas müssen in den Diskurs über die künftige Ausgestaltung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik eingebunden werden.

In der Welt von heute macht die Schattenseite der Globalisierung die Gefahren eines uneingeschränkten marktgesteuerten Herangehens an die internationalen Beziehungen deutlich. Solange die führenden Mächte keine Form der politischen Regulierung einführen, wird die Schattenseite der Globalisierung zu destruktivem Wettbewerb, offener Anarchie und Machtungleichgewichten führen, die die institutionelle Ordnung weltweiter Sicherheit untergraben.

**Die neue Weltordnung**

### 1.3 Europas Interessen

Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ vom Dezember 2003 konstatiert simple Tatsachen mit tief greifenden Implikationen: „Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur.“ Heute umfasst die EU 27 Staaten mit rund 500 Millionen Menschen. Wirtschaftliche Macht ist eine zentrale Quelle von Macht und Europa kann sich der daraus erwachsenden Verantwortung nicht entziehen.

**Die Europäische Sicherheitsstrategie**

Die Europäische Union ist ein globaler Akteur mit weltweiter Mitverantwortung, jedoch bestehen systemische Mängel, die zeitweise zu Handlungsunfähigkeit führen. Die EU muss die Fähigkeit und das Leistungsvermögen haben, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Dies schließt die Fähigkeit ein, Einfluss auf die strategischen Entscheidungen anderer Akteure zu nehmen, primär durch wirtschaftliche und diplomatische Maßnahmen, aber in den Fällen, in denen sich keine andere Lösung finden lässt, auch mittels glaubwürdigen militärischen Zwangs. Es liegt in der Verantwortung der Führungseliten der EU, der Bevölkerung diese Realitäten nicht vorzuenthalten.

Bestätigt wird dies durch die Europäische Sicherheitsstrategie, die die sich verändernde Art der Bedrohungen beschreibt. Die Europäische Sicherheitsstrategie identifizierte fünf Hauptbedrohungen, die sich alle seit 2003 weiter verschärft haben und von globaler Reichweite sind: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Kriege, Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität. Allerdings hat das unklare strategische Denken ein der Europäische Sicherheitsstrategie entsprechendes Handeln verhindert, infolgedessen der Nutzen dieser Strategie eingeschränkt wird. Letztendlich spiegelt dieses Nicht-Handeln einen mangelnden Konsens über die Art und das Ausmaß Europas berechtigter Interessen wider: worin sie bestehen, wie sie zu verfolgen sind und welche relative Priorität ihnen zugeordnet werden sollte. Es gibt drei grundlegende Arten europäischer Interessen, aus denen sich zwangsläufig diese Prioritäten ableiten lassen.

**Europas Vital-, Kern- und Gemeininteressen**

- *Europas vitale Interessen* sind diejenigen, die von kritischer Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen Europas sind. Wenn diese Interessen bedroht sind, müssen sie mit allen möglichen Mitteln abgesichert werden, unter Einbeziehung des gesamten Spektrums militärischer Fähigkeiten, einschließlich der nuklearen Abschreckung.
- *Europas Kerninteressen* sind diejenigen, die von essenzieller, aber nicht kritischer Bedeutung für das Funktionieren europäischer Systeme und Strukturen sind. Das Absichern dieser Interessen erfordert in der Regel nicht von vornherein das volle Spektrum diplomatischer und wirtschaftlicher Mittel. Militärische Macht kann zu ihrer Verteidigung angewandt werden, wenn der Eindruck besteht, dass der Verlust solcher Interessen am Ende die vitalen Interessen unterminieren würde.
- *Europas Gemein- oder Milieuinteressen* sind diejenigen, die das Bestreben eines Akteurs hinsichtlich der Ausgestaltung der internationalen Ordnung definieren. Das moderne Europa basiert auf solchen Bestrebungen. Diese manifestieren sich als formelle oder informelle Verhaltensregeln bezüglich der künftigen Lage des internationalen Umfelds, insbesondere der Struktur des internationalen Systems, künftigen Gegenspielern oder Verbündeten, Hegemonie oder Interdependenz usw.

**Ein Euro-  
päischer  
Strategischer  
Gesamt-  
ansatz**

Heutzutage kann kein europäischer Staat im Alleingang die Qualität strategischer Wirksamkeit entfalten, die für die Bewältigung der Art und des Ausmaßes von komplexen Veränderungen notwendig ist. Traditionell neigten die Europäer dazu, sich um drei alternative transnationale Gruppierungen zu organisieren: transatlantische, europäische oder Ad-hoc. Im bloßen Prozess des Zusammenfügens von Koalitionen oder Ordnungsrahmen ist jedoch viel Zeit, Energie und folglich Wirkung verloren gegangen. Ein Europäischer Strategischer Gesamtansatz würde praktischerweise dazu führen, politische Prozesse zu optimieren und beschleunigen, indem er eine Vorlage für die enge Zusammenarbeit zwischen Staaten und Institutionen bietet. Dies würde dazu beitragen, eine Formalisierung und Ausdehnung der politischen Optionen zu erreichen. Gegenwärtig ist die politische Identität von Koalitionen und Ordnungsrahmen fast ebenso wichtig wie die Fähigkeiten und Leistungspotenziale, die in ihnen zum Tragen kommen.

**Warum  
die EU?**

Warum sollte die EU eine so bedeutende Rolle bei der Sicherheit Europas spielen? Schließlich gibt es andere Institutionen wie die NATO. Außerdem finden sich in Europa vier der mächtigsten Staaten der Welt wieder. Das gegenwärtige Sicherheitsdilemma erwächst aus der Tatsache, dass Macht stets relativ ist, und wird zusätzlich durch die Wechselwirkung zwischen Komplexität, Macht und Legitimität kompliziert. Die EU ist dadurch einzigartig, dass ihre Instrumente (anders als bei anderen Sicherheitsinstitutionen) die volle Skala staatlicher Sicherheitsaktivitäten umfasst. Sie ist ein wirkungsvoller Akteur in den interna-

tionalen Beziehungen und verfügt durch ihre ökonomischen, diplomatischen, entwicklungspolitischen, rechtlichen und militärischen Instrumente über sämtliche Eigenschaften, um komplexe Sicherheits Herausforderungen anzugehen.

Um jedoch bestehende Handlungsschwächen zu beseitigen, muss die GASP in die Lage versetzt werden, die Arbeiten aller EU-Organe und der Mitgliedstaaten zu aggregieren, zu koordinieren und weltweit umzusetzen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch Nichthandeln das nächste Jahrzehnt nicht nur den Niedergang der europäischen, sondern sogar der westlichen sicherheitspolitischen Führungsrolle zur Folge haben könnte.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen daher in ihrer sicherheitspolitischen Vision und Wirkung einen Quantensprung vollziehen, indem sie sich Europas weltweite Mitverantwortung erneut vergegenwärtigen. Ein derartiger sicherheitspolitischer Umbruch wird nur durch die Schaffung einer EU-Sicherheitspolitik verwirklicht werden können, die in einer Welt, die sich von jener der frühen 90er Jahre grundlegend unterscheidet, Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit erzeugt.

**Die GASP  
und ESVP  
im 21. Jahr-  
hundert**

**Eine sicher-  
heitspoliti-  
sche Vision**

## 2. Europa und die Schattenseite der Globalisierung

Nach Angaben der Weltbank wird die Nachfrage nach Energie bis 2025 um mehr als 50 Prozent ansteigen, 80 Prozent des Bedarfs werden dabei mit fossilen Brennstoffen gedeckt. Die Europäische Sicherheitsstrategie stellt fest: „Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteure der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50% durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70% erreicht haben“.

### 2.1 Eine Welt des Wandels und der Komplexität

#### Die Schattenseite der Globalisierung

Strategische Konflikte lassen sich durchaus verhindern, jedoch muss sich die EU der Art und des Ausmaßes negativer Veränderungen in der Welt bewusst werden. Ansonsten laufen die Europäer Gefahr, einen Großteil der positiven Errungenschaften, die sie seit dem Ende des Kalten Krieges erreicht haben, wieder zu verlieren. Die Politik der EU muss darauf ausgerichtet sein, die begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal einzusetzen. Dies verlangt eine sachliche Lageanalyse und darauf aufbauend eine Festlegung der Prioritäten. Zum einen ist die Verstärkung wirtschaftlicher Interdependenz und damit einhergehend die Umgestaltung internationaler Politik zu berücksichtigen. Zum anderen fordern die Verlierer der Globalisierung eine Form von Wiedergutmachung, die sich häufig in antistaatlichem, religiösem oder ethnischen Fundamentalismus äußert. Durch den hohen Verflechtungsgrad in den internationalen Beziehungen, können störende politische oder ökonomische Schocks in ihrer Wirkung verstärkt werden. Die Aufgabe Europas liegt darin, Macht durch die Festigung legitimer Institutionen zu stabilisieren.

#### Ein globaler Gürtel der Instabilität

Der globale Gürtel der Instabilität wird von Problemstaaten sowie Regionen ohne Regierungsgewalt bestimmt, in denen Terroristen und organisierte Kriminalität verbreitet sind. Dieser Gürtel erstreckt sich von Zentralamerika bis zur Sahara, vom Mittleren Osten bis nach Zentralasien und von dort zu den südostasiatischen Archipelen. Instabilität erzeugt heute eine neue Form von Macht, in der sich Anarchie, Technologie, Terrorismus und internationale Kriminalität vermengen. Indem marktwirtschaftliche Globalisierung zum Extrem getrieben wurde, ist beispielsweise die Gefährdung durch Massenvernichtungswaffen erhöht worden. Erschwerend kommt hinzu, dass sich ein beträchtlicher Teil der bedeutendsten Energiereserven bzw. der Verlauf von Öl- und Gaspipelines wie auch Hauptschifffahrtrouten in sicherheitspolitisch prekären Regionen liegen. So stellt beispielsweise die moderne Piraterie eine ernstzunehmende Bedrohung jener Seewege dar, von denen der Welthandel und damit Europas wirtschaftlicher Wohlstand mit abhängen. Die EU muss deswegen ihre Handlungsmöglichkeiten in diesem Gürtel verbessern, sodass sich die

entsprechenden Risiken minimieren, bevor sie zu ernsthaften Bedrohungen werden.

All diese Bedrohungen und Herausforderungen belasten das Leistungsvermögen der EU und ihre strategischen Wahlmöglichkeiten: Die richtige Wahl der ‚Prioritäten‘ hat damit Vorrang. Ebenso wichtig ist die Beantwortung der Frage, worin die Vital-, Kern- und Gemeininteressen Europas liegen.

**Europas  
Sicherheits-  
dilemma**

## 2.2 Vitalinteresse: Energiesicherheit

Der Aufstieg Chinas und Indiens und das vom Energiesektor getragene Wiedererstarben Russlands, in Kombination mit dem Wachstum in anderen Entwicklungsländern, treibt die Nachfrage nach Energie weiter in die Höhe. Hinzu kommt, dass gegenwärtig die Entdeckung neuer fossiler Brennstofflagerstätten ihren Höhepunkt erreicht hat. In der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) findet sich folgende Feststellung: „Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50% durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70% erreicht haben“. Der Großteil des Energiebedarfs Europas wird durch Lieferungen aus der Golfregion, von Russland und Nordafrika gedeckt werden, wodurch eine Verbindung zwischen europäischer Sicherheit, Energiesicherheit und Instabilität besteht. Nach Schätzungen der Weltbank wird die Energienachfrage bis 2035 um 50 Prozent ansteigen, wobei hiervon 80 Prozent von fossilen Brennstoffen gedeckt werden. Hierdurch wird eine Voraussetzung für das Wiederaufleben gefährlicher Rivalitäten zwischen Staaten geschaffen. Angesichts solcher Umstände fällt der EU dabei die Funktion zu, das System der institutionalisierten Sicherheitspolitik zu erneuern, für deren Schaffung der demokratische Westen ein ganzes Jahrhundert und zwei Weltkriege gebraucht hatte. Nur wirksame und legitime Institutionen können einem extremen Verhalten von Staaten entgegenwirken.

**Europäisches  
Vitalinteresse  
Nr. 1: Energie**

Energiesicherheit wird eine grundlegende Triebfeder des Wandels im internationalen Staatensystem darstellen. Eine europäische Energie-Gesamtstrategie kann wirklich zielführend sein, um die Versorgungssicherheit, die Transportsicherheit und die Umweltsicherheit derart effektiv zu regeln, dass in ausgewogener Weise den Bedürfnissen aller Staaten der internationalen Gemeinschaft entsprochen wird. Ohne sorgfältige Steuerungsmaßnahmen könnte die ausgesprochen wichtige Suche der führenden Mächte der Welt nach stabiler Energieversorgung, trotz besten Willens, zu Fehleinschätzungen führen. Deshalb muss die EU im Bemühen um institutionalisierte Lösungen des Energiesicherheitsdilemmas eine Vorreiterrolle übernehmen.

**Energie –  
Triebfeder  
des Wandels**

In der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, ihre energiepolitische Zukunft zu sichern, spiegelt sich ein Wettbewerb wider, den die Europäer scheinbar nur langsam begreifen. Seit langem daran gewöhnt, offenen Wett-

**Wettbewerb  
um Energie**

streit aus ihren alltäglichen Interaktionen zu verbannen, sind viele EU-Mitgliedstaaten zu schwachen Wettbewerbern auf der Weltbühne geworden, die allzu oft sogar den Gedanken des Wettbewerbs selbst in den internationalen Beziehungen verwerfen. Während es das Ziel der europäischen Gesamtstrategie sein muss, übermäßigen und gefährlichen Wettbewerb durch Unterstützung funktionierender globaler und regionaler Institutionen zu beschränken, scheinen zu viele Europäer die Notwendigkeit eines Europa, das im Wettbewerb bestehen kann, von sich zu weisen.

**Volatile Märkte, unsichere Gesellschaften**

Dieser Wettbewerb wird die Struktur der internationalen Beziehungen sicherlich verändern. Der Ölmarkt wird enger, was erstmals seit den 70er Jahren den Produzenten die Macht verleiht, die Preise zu bestimmen, mit tief greifenden Sicherheitsfolgen für Europa. In der Tat ist die Volatilität der Erdöl- und Erdgasmärkte von heute so groß, dass im Laufe der Zeit die wirtschaftliche Leistung der Union zweifelsohne in Mitleidenschaft gezogen wird. Kann kein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erzeugern und Verbrauchern wiederhergestellt werden, dann hat dies tief greifende Folgen für die gesellschaftliche und politische Stabilität Europas.

**Russland und die neue Währung für Macht**

Heute ist jedes Erzeugerland, wie klein auch immer, ein bedeutender politischer Akteur, der den Wandel internationaler Machtverhältnisse beschleunigen hilft. Im Jahr 2004 wurde Russland zum weltweit führenden Erdöl- und Erdgasproduzenten, was seine internationale Stellung erheblich verbessert hat. Es ist kein Zufall, dass Russland ein Gegenstück zur OPEC (Organisation der Erdöl exportierenden Länder) im Erdgasbereich erwägt, was wiederum tief greifende Konsequenzen für die EU hätte. Die Unterbrechung der Öl- und Gaslieferungen an die Ukraine und Georgien im Jahr 2005 und erneut an Belarus im Jahr 2006 verdeutlicht nicht nur Moskaus Bereitschaft, Energie als politisches Druckmittel einzusetzen, sondern auch die Verwundbarkeit eines großen Teils Europas hinsichtlich solch einem Verhalten.

**Institutionelle Schwächung**

Wenn die Europäer als effektive Wettbewerber konkurrenzfähig sein wollen, so müssen sie ihre auf Werte gestützte Herangehensweise an die internationalen Beziehungen mit hartem politischem Realismus aufwiegen. Dies bedeutet keineswegs eine Militarisierung der EU. Die Europäer müssen legitimen von gefährlichem Wettbewerb unterscheiden und danach streben, letzteren zu verhindern. Verglichen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten haben beispielsweise China und Russland ein anderes nationales Interesse und andere Perzeptionen von Weltpolitik und multilateralen Organisationen. Das Konzept der strategischen Partnerschaft bedeutet in Peking und Moskau etwas anderes als in Brüssel. China baut seine strategischen Partnerschaften mit Ländern wie Angola, Kuba, Nigeria, Sudan und Venezuela in erster Linie zur Deckung seines Energiebedarfs aus, und folgt dabei einer wohl etablierten europäischen und amerikanischen Tradition. Chinas Energiebedarf und seine Bereitschaft, Energie von nahezu jedem Regime zu beziehen,

erschwert es den Vereinten Nationen sich darüber zu einigen, wie am besten mit Problemstaaten umzugehen ist. Sowohl Darfur als auch der Iran sind Belege hierfür.

Das Ergebnis ist das Wiederaufkommen von klassischer Machtpolitik, Machtblöcken und einem verengten Verständnis von vitalen Interessen. Sollte die Europäische Union nicht einen alternativen Ansatz verfolgen, dann könnten die genannten Entwicklungen in der nahen Zukunft zum bestimmenden Merkmal der Weltpolitik werden. Die Marginalisierung der Vereinten Nationen unterminiert bereits den auf Werte und Regeln gestützten effektiven Multilateralismus, den die EU befürwortet.

### **2.3 Vitalinteresse: Kampf gegen den strategischen Terrorismus, die internationale Kriminalität und die Demokratisierung von Massenvernichtungswaffen**

Keineswegs sind die Staaten, mit denen Europa im Wettbewerb steht, der einzige Anlass zur Sorge. „Regime change“ ist in den mit Europa verbündeten Staaten im globalen Gürtel der Instabilität wahrscheinlicher als bei seinen möglichen Gegnern. Beispielhaft hierfür steht die innenpolitische Instabilität Pakistans. Hinzu kommt, dass Al-Qaida seine Hauptoperationsbasis in den unkontrollierten und auch nicht kontrollierbaren Nordwestregionen Pakistans unterhält. Die Bedrohung staatlicher Ordnung durch Fundamentalisten betrifft nicht nur Pakistan. Wichtige Verbündete im Energiebereich, wie Saudi Arabien und die Golfstaaten, sind ebenfalls anfällig für solche Gefährdungen. Mit dem Verlust von Schlüsselpartnern im Energiebereich sähe sich Europa zweifelsohne mit einer schwerwiegenden Bedrohung seiner wirtschaftlichen Zukunft konfrontiert.

**Europäisches  
Vitalinteresse  
Nr. 2: Terror-  
und Krimi-  
nalitäts-  
bekämpfung**

Grauzonen der Sicherheit gibt es insbesondere hinsichtlich gescheiterter oder schwacher Staaten. Sie dienen als perfekte Umschlagplätze für die Herstellung und Verschiebung von Drogen, Waffen, Schwarzgeld, Blutdiamanten und für den Menschenschmuggel. Zwischen Terrorismus und Kriminalität besteht genau deshalb eine enge Beziehung, weil die Anarchie, die aus der Schattenseite der Globalisierung erwächst, Gelegenheiten und Güter bereitstellt, mit denen eine große Menge Geld umgesetzt werden kann. Sie bieten auch Zufluchtsorte als Basis für die finanzielle Förderung von Operationen und von Gruppen innerhalb der europäischen Gesellschaft, die den Zielen des Terrorismus verbunden sind, und stellt daher eine offensichtliche Gefahr für Europa dar.

**Grauzonen  
der Sicher-  
heit**

Hinzu kommt, dass Globalisierung die Demokratisierung von Massenvernichtungswaffen schürt und dadurch die Bemühungen des Westens, die auf Intervention, Stabilisierung und Wiederaufbau abzielen, erschwert werden. Religiös motivierte Terroristen können Zugang zu chemischen, nuklearen oder

**Europas  
Verwund-  
barkeit**

biologischen Massenvernichtungswaffen bekommen. Es hat in Europa mindestens zehn versuchte Anschläge mit chemischen und biologischen Waffen gegeben. Im März 2001 wollten Terroristen im Europäischen Parlament in Straßburg Sarin freisetzen, um 625 Abgeordnete zu töten. Im April 2004 verhinderten amerikanische und britische Geheimagenten den Anschlag mit einer chemischen Bombe einer mit den Zielen von Al-Qaida sympathisierenden Gruppe. Anschläge mit radiologischen Waffen würden zwar wahrscheinlich nicht zu massiven Opferzahlen oder Massenvernichtung führen, könnten aber europäische Städte in unzugängliche Zonen verwandeln. Der Gebrauch von Massenvernichtungswaffen oder Waffen zur massiven Störung der Lebensgrundlagen in Europa kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

## 2.4 Vitalinteresse: Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Umgang mit dem Iran und seinen Nuklearambitionen

### Europäisches Vitalinteresse Nr. 3: Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wird von vielen Europäern allzu oft als etwas Abstraktes angesehen. Doch die Nukleartechnik ist über 60 Jahre alt und die Raketentechnik noch älter. Die für die Globalisierung kennzeichnenden Prozesse des Güterausstausches können zu einer Beschleunigung der Proliferation von Technologien führen, die zwar alt sind, aber über massive Zerstörungskraft verfügen. In solch einem Umfeld ist es einerseits vernünftig, Nichtverbreitungsregime wie den Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NPT), das Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR) und die Konventionen über biologische und chemische Waffen aufrechtzuerhalten, andererseits werden aber auch eine Reihe von Elementen einer aktiveren Politik verlangt. Die von den USA geführte Proliferations-sicherheitsinitiative (PSI) ist ein Anfang, doch die Europäer müssen die Bedeutung der Abschreckung – vor allem der nuklearen Abschreckung – als Eckpfeiler ihrer Sicherheitspolitik begreifen und erkennen, dass auch Intervention ihren Platz in der EU-Sicherheitspolitik hat. Die nuklearen Ambitionen Irans unterstreichen die Notwendigkeit der Abschreckung.

### Umgang mit Iran

Der Iran liegt in erweiterter regionaler Nachbarschaft der Europäischen Union und ist eines der großen Erdöl-Förderländer der Welt. Die iranische Führung ist einem Nuklearforschungsprogramm entschlossen, das zum Bau von entsprechenden Waffen führen könnte. Die EU-3 (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) haben sich mit begrenztem Erfolg bemüht, Iran von diesen Ambitionen abzubringen. Der Iran setzt Öl als politisches Mittel ein, um die Staatengemeinschaft zu spalten. Die Resolution 1747 des UN-Sicherheitsrates vom März 2007 ist zwar zu begrüßen, das beschränkte Ausmaß der gegen Teheran verhängten Sanktionen beweist jedoch, in welchem Maß die internationale Gemeinschaft uneins ist. Der Iran scheint dazu entschlossen, zur dominierenden Macht in der Region zu werden und zu diesem Zweck versucht er, die USA und ihre Verbündeten aus dem Irak zu verdrängen, indem es die dortigen bewaffneten Aufständischen unterstützt und den Druck auf Israel

erhöht. Teheran nutzt außerdem die Schwäche und Spaltung der arabischen Staaten.

## 2.5 Vitalinteresse: Verhinderung und Bewältigung von Pandemien

Die Vogelgrippe ist noch nicht zu einer virulenten Form mutiert, die unter den Menschen zu einer hohen Opferzahl führen könnte, doch besteht eine sehr reale Möglichkeit, dass es dazu kommt. Eine solche Pandemie könnte durchaus die erste echte Bewährungsprobe für Europas Vorkehrungen eines Krisenmanagements und für die Sicherheit im Inneren darstellen. Die Gefährdung durch eine Pandemie wäre letztlich gleichbedeutend mit einem terroristischen Anschlag mit Massenvernichtungswaffen. Deshalb müssen die EU Vorbereitungen für entsprechende Sicherungssysteme auf der supranationalen, einzelstaatlichen und regionalen Ebene in Angriff nehmen. Pandemien müssen demzufolge als Bedrohung von Europas Vitalinteressen angesehen werden.

**Europäisches  
Vitalinteresse  
Nr. 4: Schutz  
vor Pande-  
mien**

## 2.6 Kerninteresse: Stabilität und Entwicklung in Afrika

Die Europäer sind in Afrika bereits stark präsent. Leider zeigt sich am Beispiel Afrikas jedoch, wie sehr Europäer allzu oft Werte mit Interessen verwechseln. Obwohl die meisten afrikanischen Staaten inzwischen fast ebenso lange staatlich unabhängig sind wie sie europäische Kolonien waren, verzerrt der Kolonialismus immer noch die Politik und den Blickwinkel sowohl auf afrikanischer als auch auf europäischer Seite. Die Europäer müssen sich viel sachlicher die Frage stellen, warum Afrika für sie im breiteren geostrategischen Kontext von so großer Bedeutung ist.

**Europas  
Kerninteresse  
Nr. 1: Afrika**

Angesichts der geographischen, politischen und wirtschaftlichen Nähe Afrikas zu Europa, ist das Engagement der EU in Afrika offensichtlich ein Kernstück europäischer Sicherheit. Teile Afrikas sind von schwacher Staatlichkeit bzw. Staatsversagen geprägt. Afrikanische Politiker haben sich zu lange hinter dem Schleier des Kolonialismus der Vergangenheit versteckt, um von ihren eigenen Misserfolgen abzulenken. Die Europäer können und müssen helfen, doch nur die Afrikaner können ihre Fixierung auf die Vergangenheit beenden, indem sie nach vorne blicken und die funktionierenden Gesellschaften aufbauen, die Afrika verdient hat.

**Vergangen-  
heitsbe-  
wältigung**

Die EU hat mehrere Einsätze für Stabilisierung und Wiederaufbau in Afrika durchgeführt. Und dies obwohl es mit Ausnahme Westafrikas und Sudans nur sehr wenige wichtige afrikanische Energie- und sonstige Rohstofflieferanten gibt. Gewiss hat der erfolgreiche Abschluss der Operation „Artemis“ in Bunia in der Demokratischen Republik Kongo (Mai-Juni 2003) dabei geholfen, das strategische Selbstbewusstsein Europas zu stärken. Aus diesem Grund beteiligt sich die

**Engagement  
der EU  
in Afrika**

EU an der Suche nach Lösungen für die andauernde politische und humanitäre Krise in der Demokratischen Republik Kongo und in Darfur. Die Europäer sind auch darum bemüht, die Immunkrankheit Aids in Afrika südlich der Sahara auszurotten. Europa hat die Mittel und Expertise, um das Leben von Millionen von Menschen in Afrika zu verbessern, und sollte hierfür praktische Schritte unternehmen, wie den Abbau der Auswirkungen europäischer Agrarsubventionen für afrikanische Bauern. Die Millenniums-Entwicklungsziele und Europas führende Rolle in der Initiative der G-8 waren nur erste Schritte. Der Aktionsplan vom März 2007 zur Bekämpfung des Menschenhandels unterstreicht die Handlungsbereitschaft der EU, doch muss er sowohl durch die Bereitstellung von Mitteln als auch durch Entschlossenheit weiter gestärkt werden.

## 2.7 Kerninteresse: Umweltsicherheit

### Europas Kerninteresse Nr. 2: Umwelt- sicherheit

Die Notwendigkeit für eine verbesserte Umweltsicherheit ist hinlänglich bekannt. Der Klimawandel hat viele Erscheinungsformen, doch seine Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion, die Trinkwasserknappheit, den Anstieg des Meeresspiegels und extreme Wetterphänomene (wie zum Beispiel Hitzewellen und Überflutungen) sind schwerwiegend. Die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (der Weltklimarat) der Vereinten Nationen verweist darauf, dass bis zum Jahr 2020 annähernd 250 Millionen Afrikaner akutem Wassermangel ausgesetzt sein werden. In den Küstengebieten Asiens, vor allem in den dicht besiedelten Delta-Regionen, wächst die Überschwemmungsgefahr. Beide Phänomene könnten signifikante neue Migrationsströme auslösen. Auch Europa ist gegen die genannten Bedrohungen nicht immun. Der Klimawandel könnte zu einem plötzlichem Wasseranstieg im Binnenland, zunehmender Überflutung und Erosion der Küstenregionen und einer Reihe von Gesundheitsrisiken durch Hitzewellen führen. Beispielsweise betragen die Kosten der Hitzewelle von 2003 in Europa schätzungsweise mehr als zehn Milliarden Euro.

Zugleich eröffnet der Kampf gegen den Klimawandel und der globale Temperaturanstieg für Europa die Möglichkeit, in politischer, technologischer und innovativer Weise führend zu werden und so die zentrale Rolle von Institutionen zu unterstreichen. Im Übrigen wird das strategische Denken und Handeln das für Maßnahmen gegen den Klimawandel und weltweiten Temperaturanstieg erforderlich ist, sich als unentbehrlich dafür erweisen, die Europäer an globales Handeln heranzuführen.

## 2.8 Gemeininteresse: „Human Security“

### Europas Gemeininteresse Nr. 1: „Human Security“

Ein bemerkenswert großer Teil der gegenwärtigen weltweiten Stabilität ist mit dem Begriff „human security“ verknüpft. Während Geopolitik traditionell von Staaten betrieben worden ist, hat das Entstehen des weltumspannenden Gürtels der Instabilität eine neue Verbindung zwischen der Sicherheit des

Einzelnen, des Staates und der Welt erzeugt, die ungewohnt und komplex ist. Selbstverständlich besteht ein tieferer Zusammenhang zwischen Stabilität, Sicherheit der Menschen und Menschenrechten. Doch leider sind Menschenrechtsverletzungen noch immer in vielen Teilen der Welt verbreitet.

Die Tatsachen sprechen für sich selbst. Für das Jahr 2006 wurden im Konfliktbarometer 278 politische Konflikte erfasst. Sechs davon waren Kriege und 29 schwere Krisen. Diese 35 Konflikte brachten massive Gewaltanwendung und schweres menschliches Leiden mit sich. 83 Konflikte wurden als einfache Krisen klassifiziert, die aber auch mit Gewalt einhergingen. 118 gewaltsame Konflikte zogen also die Welt im Jahr 2006 in Mitleidenschaft. Gegenwärtig gibt es 8,4 Millionen Flüchtlinge außerhalb ihrer Herkunftsstaaten und bis zu 23,7 Millionen Binnenflüchtlinge.

So sehr einerseits das legitime Interesse am Wohlbefinden von Menschen, für Europas eigene Sicherheit, beachtet werden muss, ist andererseits von Bedeutung, welche Entscheidung hierfür getroffen werden. Aus diesem Grund sprach sich Europa einstimmig für eine Reform der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) aus, die aus Sicht eines vereinten Europas als Eckpfeiler der Sicherheit dienen, in einer Welt in der Sicherheit nicht wirkungsvoll sein kann, wenn sie nicht auch legitim ist. Das Spannungsverhältnis zwischen Ambitionen, Zielsetzungen und Ressourcen unterstreicht die Zentralität von gemeinsamem Vorgehen und legitimen Institutionen als Kernstück der EU-Sicherheitspolitik.

**Reform  
der UNO**

## 2.9 Gemeininteresse: Wirksame Katastrophenhilfe

Ein kurzer Blick auf die Statistik verdeutlicht die Auswirkungen von Naturkatastrophen auf die weltweite Sicherheit und die Belastungen Europas durch solche Katastrophen. Nach Angaben der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Roter Halbmond-Gesellschaften waren zwischen 1972 und 1996 rund 140 Millionen Menschen von Katastrophen wie Erdbeben, Dürre und Hungersnot, Überflutung, Wirbelstürmen, Erdbeben und Vulkanausbrüchen betroffen, die meisten hiervon in Entwicklungsländern. In diesem Zeitraum wurden pro Jahr etwa 123 000 Menschen getötet. Hinzu kommt, dass die Entwicklungslinie bei Naturkatastrophen klar nach oben weist und die Internationale Katastrophendatenbank die immer größer werdende Zahl an Naturkatastrophen veranschaulicht. Im Jahr 1975 wurden weltweit weniger als 100 Naturkatastrophen gemeldet. Im Jahr 2000 erhöhte sich diese Zahl auf mehr als 500 und 2006 lag die Anzahl wieder nahe bei 500. Im Jahr 2004 kamen bei dem Tsunami in Südostasien mehr als 200 000 Menschen ums Leben und im darauffolgenden Jahr forderte ein Erdbeben in Pakistan über 70 000 Menschenleben. Die wichtige Rolle europäischer militärischer Fähigkeiten bei humanitären

**Europäisches  
Gemeininteresse Nr. 2:  
Verhinderung  
von Naturkatastrophen**

**Europäische  
humanitäre  
und  
Rettungs-  
einsätze**

Rettungseinsätzen ist nicht von der Hand zu weisen. Zwar kann es als eine positive Entwicklung gesehen werden, dass Menschen gegenüber sicherheitspolitischen Akteuren wie der Europäischen Union zunehmend höhere Erwartungen haben, doch entsprechende humanitäre Einsätze bringen Herausforderungen mit sich. Für die überbeanspruchten Streitkräfte der EU erzeugt die Reaktion auf solche Naturkatastrophen auch ein schwerwiegendes Dilemma. Die Bewältigung der Katastrophenfolgen und die effektive Katastrophenhilfe außerhalb Europas sind wichtige Bestandteile der sicherheitspolitischen Rolle der EU geworden. Nur wenn die eigenen Fähigkeiten und Leistungspotenziale der EU zur Katastrophenhilfe, einschließlich der Streitkräfte, nicht für die eigenen europäischen Vital- und Kerninteressen gebraucht werden, sollten sie für andere bereitgestellt werden. Solche Entscheidungen unterstreichen die Notwendigkeit eines klaren Kriterienkatalogs, der Europas Beteiligung an weltweiten Maßnahmen regeln kann. Jedes dieser Kriterien muss auf einem klaren Verständnis der relativen Prioritäten basieren, die sich aus Europas Vital-, Kern- und Gemeininteressen ergeben.

## **2.10 Bewältigung der Schattenseite der Globalisierung**

**Europäische  
Werte und  
Interessen**

Europa spielt in der Welt eine wichtige Rolle und die Europäische Union verdeutlicht die Errungenschaften eines auf Werten gegründeten Integrationsprozesses. Die sogenannten Gemein- oder Milieuinteressen Europas sind untrennbar mit seinen Vitalinteressen verbunden. Es gibt jedoch Grenzen, aus denen sich Entscheidungsnotwendigkeiten ergeben. Einfach ausgedrückt müssen die Europäer sorgfältig zwischen Werten und Interessen unterscheiden. Ihre Vermengung ist die Hauptursache des unscharfen europäischen strategischen Denkens. Es bedarf einer differenzierten und sachlichen Herangehensweise an das, was die EU erreicht hat und was sie verbessern kann. Wenn die Projektion europäischer Werte klar und nachweislich europäischen Interessen dient, dann muss die EU handeln. Strategische Bescheidenheit und strategische Handlungsfähigkeit sind gleichermaßen wichtig.

### 3. Lagebericht zur europäischen Sicherheit

**Im März 2004 wurden 191 Europäer bei einem Angriff auf Pendler in Madrid ermordet. Im Juli 2005 wurden 52 Europäer bei einem Angriff auf Pendler in London ermordet.**

#### 3.1 Souveränität und Sicherheit

Die Konstruktion Europas ist etwas, auf das die Europäer zu Recht stolz sein können. In fünf Jahrzehnten haben sie ein innovatives und komplexes System von Regeln und Politiken entwickelt, das sie miteinander verbindet und den Frieden und die Sicherheit der gesamten Region garantiert. Die Annäherung zwischen Nationen, die häufig Krieg gegeneinander geführt hatten, ist etwas völlig Neues und steht beispielhaft für andere Staaten und Regionen.

**Europas  
Leistung**

Hinzu kommt, dass die Macht der einzelnen europäischen Staaten, auch der großen, allem Anschein nach an seine Grenzen stößt, wenn es darum geht, die neuen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Wie in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) festgestellt wird, ist „kein Land in der Lage, die komplexen Probleme der heutigen Zeit im Alleingang zu lösen“. Die ESS sollte eine politische Absichtserklärung der EU-Mitgliedstaaten sein, aus der hervorgeht, wie die umfassenden Bedrohungen zu bewältigen sind und von welchen gemeinsamen Interessen die Mitgliedstaaten der EU geleitet sind. Weiterhin wird die sicherheitspolitische Identitätsbildung der EU sehr stark durch Mitgliedstaaten bestimmt. Es besteht daher die Gefahr, dass es im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nicht gelingt, kosteneffektive Sicherheit über Staatsgrenzen hinweg zu erzeugen.

**Grenzen  
der GASP**

Wenn die EU sich in der gegenwärtigen Welt zu einem allumfassenden Sicherheitsmechanismus für Europas strategische Sicherheit entwickeln soll, muss ein Ausgleich zwischen Souveränität und Sicherheit hergestellt werden. Zur begrenzten Übertragung von Souveränität ist es im europäischen Integrationsprozess immer nur dann gekommen, wenn die Mitgliedstaaten davon überzeugt waren, dass entsprechende Souveränitätstransfers den Staat nicht schwächen, sondern seine Macht und seinen Einfluss verstärken würden. Die Entwicklung der sicherheitspolitischen Rolle Europas verlief pragmatisch und inkrementalistisch. Doch wegen des Tempos und des Ausmaßes des strategischen Wandels und der Notwendigkeit einer europäischen Gesamtstrategie bedarf es eines wirksameren Mechanismus zur raschen und geordneten Bündelung europäischer Macht, um die vielfältigen Herausforderungen zu meistern. Der Pragmatismus muss hierbei bewahrt werden, ohne aber einem gescheiterten Inkrementalismus zu folgen.

**Souveränität  
und  
Sicherheit**

**Reform europäischer Institutionen** Die Europäische Union muss über die Instrumente, Ressourcen und Systeme verfügen, die es ihr ermöglichen, wirksam und entscheidend zu handeln, um als starker globaler Akteur zu operieren. Die Zahl der beteiligten Staaten und die Heterogenität der Interessen in der EU mit 27 oder mehr Mitgliedstaaten verstärkt eine politische Blockierung, sollte die Union nicht effektiver organisiert werden. Folglich muss nun ein entschlossenes Engagement für eine Effektivitätssteigerung der EU im Mittelpunkt stehen, um die Institutionen auf eine starke sicherheitspolitische Rolle vorzubereiten.

### 3.2 Bisherige Fortschritte

**Sachliche Bestandsaufnahme** Europa kann die Vorbereitung auf seine strategische Zukunft nur durch eine sachliche Bestandsaufnahme dessen einleiten, worauf es zurückgreifen kann. Seit 2004 sind einige Fortschritte in den Bereichen erzielt worden, die für Europas zukünftige Rolle als globaler Akteur von grundlegender Notwendigkeit sind: besseres konzeptionelles Denken, die weitere Verfeinerung des institutionellen Systems, der Ausbau von Fähigkeiten hinsichtlich der militärischen wie auch zivilen Sicherheit, die Klärung des Verhältnis zwischen innerer und äußerer Sicherheit sowie das Sammeln der Erkenntnisse bei der Durchführung von Einsätzen.

**Prävention, Schutz, Reaktion und Verfolgung** Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) bleibt die Grundlage des strategischen konzeptionellen Denkens, das den Kern für die Entwicklung einer europäischen Gesamtstrategie darstellt. In diesem Zusammenhang stellt die ESS zurecht fest, dass „interne und externe Sicherheitsaspekte nicht mehr voneinander zu trennen sind“. Die EU strebt danach, den Terrorismus unter gleichzeitiger Wahrung der Menschenrechte weltweit zu bekämpfen und Europa sicherer zu machen, sodass den Bürger der Union ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit ermöglicht wird. Um diese gewichtigen Ziele zu erreichen, folgt die EU einem viergleisigen Ansatz: Prävention, Schutz, Reaktion und Verfolgung von Zielen. Sich eine Europa vorzustellen, das zwar in der Lage ist, Macht zu projizieren, gleichzeitig aber keine Schutzfunktion bieten kann, erscheint unwirklich.

Zu diesem Zweck sind mehrere Initiativen zur Stärkung der ESS ergriffen worden. Der Aktionsplan von 2004 und das Haager Programm von 2005 sowie die Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus desselben Jahres bilden gute Ausgangspunkte und erhöhen zweifellos den Schutz Europas vor dem Terrorismus. Allerdings muss das Instrumentarium von Hilfs- und Entwicklungsmaßnahmen noch viel enger mit den in der ESS dargelegten europäischen strategischen Zielsetzungen verbunden werden.

**Ansprüche an das institutionelle Gefüge** Die EU ist bereits heute von einem anspruchsvollen institutionellen Gefüge geprägt, das im Prinzip in der Lage sein sollte, Europas Rolle in der Welt zu bündeln und zu vergrößern. Hierarchisch an oberster Stelle stehen der Europäische Rat und der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die stärker werdende Rolle und der wachsende Einfluss des Rates und des Ho-

hen Vertreters drücken sich in der großen Zahl von Sonderbeauftragten aus, mit Zuständigkeit unter anderem für den Sudan, den Nahost-Friedensprozess und den Südkaukasus.

Graduell entwickeln sich auch die institutionellen Aspekte des Krisenmanagements der EU. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) erfüllt eine strategische Leitfunktion im Vorfeld und im Verlauf von Krisen, und wird vom EU-Militärausschuss (EUMC) unterstützt, dem seinerseits vom EU-Militärstab (EUMS) zugearbeitet wird. Hinzu kommt die Zivil-Militärische Zelle, die dafür eingerichtet ist, eine wirkungsvolle Verbindung zwischen zivilem und militärischem Krisenmanagement sicherzustellen. Zusätzlich können EU-Streitkräfte von einem Lagezentrum (SitCen) und einem EU-Satellitenzentrum (SatCen) unterstützt werden, das Bilddaten von militärischen und zivilen Satelliten für EU-Entscheidungsträger und Befehlshaber im Einsatz bereitstellt.

**PSK, EUMC  
und EUMS**

Parallel dazu entwickelt die Europäische Kommission eine immer stärkere sicherheitspolitische Rolle. RELEX, die Direktion für Außenbeziehungen der Kommission, entwickelt sich langsam zu einer Art diplomatischen Dienst der EU. In dem die Kommission außerdem Sicherheitsforschung im breiten Themenfeld Konfliktverhütung finanziert, trägt sie auch dazu bei, die Zukunft der europäischen Sicherheit zu gestalten. Die zunehmende Bedeutung der inneren Sicherheit schlägt sich in der gestärkten Rolle grenzübergreifender Polizei- und Justizeinrichtungen wie Europol und Eurojust nieder.

**Die Europäische  
Kommission  
in den  
Außen-  
beziehungen**

### **3.3 Militärische wie zivile Einsätze und Fähigkeiten**

Die EU erweitert ihr Einsatzprofil und erhöht ihr Einsatztempo in einem Dutzend Operationen, die sich über drei Kontinente erstrecken. Militärische Einsätze laufen in Bosnien-Herzegowina (EUFOR Althea) und unlängst in der Demokratischen Republik Kongo (EUFOR RD Congo). Es gibt Polizei-Missionen in den Palästinensischen Gebieten (EUPOL COPPS), in Bosnien-Herzegowina (EUPM) und in der Demokratischen Republik Kongo (EUPOL Kinshasa und danach EU-POL RD Congo). Eine Mission zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit läuft im Irak (EUJUST Lex) und zur Reform des Sicherheitssektor (SSR) wiederum in der Demokratischen Republik Kongo (EUSEC DR Congo). Zusätzlich bereitet sich die EU darauf vor, ihre Rolle in Kosovo auszubauen und die Friedensbemühungen in Afghanistan zu unterstützen. Außerdem sind die europäischen Staaten selbst an zahlreichen anderen Einsätzen außerhalb der Zuständigkeit der Union beteiligt.

**EU-Einsätze**

Ein Großteil dieser Aktivitäten ist ein unmittelbares Ergebnis des Headline-Goal-Prozesses. Im Juni 2004 wurde das Headline Goal 2010 (HG 2010) vom Europäischen Rat gebilligt. HG 2010 baut auf dem Headline Goal 1999 von Helsinki auf, indem es die EU verpflichtet, „ab 2010 in der Lage zu sein, durch rasches und entschlossenes Handeln unter Anwendung eines in jeder Hinsicht kohärenten Ansatzes im gesamten vom Vertrag über die Europäische Union

**Headline  
Goal 2010**

abgedeckte Spektrum von Einsätzen zur Krisenbewältigung tätig zu werden.“ Angesichts der angespannten Verteidigungshaushalte der meisten Mitgliedstaaten sind seit dem Ende des Kalten Krieges signifikante Teile ihrer militärischen Fähigkeiten geschrumpft. Der Schwerpunkt wurde deswegen auf eine begrenzte Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit und – soweit möglich – auf militärische Integrationsmaßnahmen im kleinen Maßstab gelegt. Im Vordergrund der Bemühungen standen also die Kompatibilität der Streitkräfte, die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte und die Durchhaltefähigkeit dieser Streitkräfte während Krisenbewältigungsoperationen sowie die Festlegung vereinbarter gemeinsamer Einsatzregeln (Rules of Engagement).

**Ziviles**

**Headline**

**Goal 2008**

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des EU-Krisenmanagements ist das Zivile Headline Goal 2008 (Civil Headline Goal, CHG 2008). Vom Europäischen Rat im Dezember 2004 gebilligt, legt es fest, dass eine „kohärente Nutzung von Instrumenten der Gemeinschaft und zivilen ESVP-Instrumenten von entscheidender Bedeutung ist für eine qualitative Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU“. Der Schwerpunkt lag bisher darin, die Fähigkeit der EU zur Stärkung von Stabilisierungsmaßnahmen nach Konflikten und beim Wiederaufbau zu verbessern. Zu den Prioritäten gehören effektive Polizeiarbeit, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Verbesserung der zivilen Verwaltung sowie des Zivilschutzes. Außerdem verstärkt die EU ihre Fähigkeit zur Durchführung von Beobachtermissionen und, auf längere Sicht, zur Übernahme einer effektiveren Rolle bei der Reform des Sicherheitssektors, Unterstützung von Entwaffnungsprozessen, Demobilisierung und Reintegration in konfliktgeprägten Gesellschaften sowie die Stärkung der Absorptionsfähigkeit schwacher und vom Scheitern bedrohter Staaten für Hilfs- und Entwicklungsmaßnahmen. Es erweist sich als dringlich, den Personalmangel für zivile Einsätze zu beheben.

### 3.4 „Work in progress“

**Effektive**

**Sicherheits-**

**investitionen**

Die GASP hat sich im Zuge des Krisenmanagements der 90er Jahre entwickelt. Doch angesichts der erwähnten Veränderungen der internationalen Politik muss die Europäische Union zu einem handlungsfähigen Akteur werden und ihre sicherheitspolitische Verantwortung gegenüber seinen Bürgern erfüllen. Der EU fehlt es an ausreichenden Sicherheitsinvestitionen, Fähigkeiten und Leistungskraft, ob ziviler oder militärischer Art. Um einen wirksamen institutionellen Mechanismus zu schaffen, der die Arbeit der Nachrichtendienste, das internationale Strafrecht und Verbotsmaßnahmen zu einem glaubwürdigen Abschreckungsverbund und folglich zu einer tragfähigen Grundlage für die Projektion strategischer Sicherheitseffekte zusammenfügt, bedarf es weiterer Anstrengungen. Besonders schwer wiegt der mangelnde politische Wille der EU-Mitgliedstaaten für ein effektives Entscheidungsgremium, das sich auf ein funktionierendes Direktorat aus Kommission und Rat stützt.

Gewiss hat die Institutionalisierung der europäischen Sicherheit zu wirksameren europäischen Einsätzen geführt, doch zu viele Mitgliedstaaten scheinen sich im Institutionalismus zu verlieren. Solch ein Verhalten hat zu scharfer Kritik geführt, nicht nur von Schlüsselpartnern wie den Vereinigten Staaten, sondern auch von innerhalb Europas. Es besteht heute die Gefahr, Institutionalismus auf Kosten der Entwicklung von Fähigkeiten fortzuführen und dadurch die Gesamtstrategie aus dem Blick zu verlieren.

**Übertrie-  
bener  
Institutiona-  
lismus**

Hinzu kommt, dass die ESS trotz ihrer unbestreitbaren Präcedenzwirkung allenfalls ein Dokument von begrenzter Wirkung ist, das ebenso stark einen Mangel an strategischer Vision widerspiegelt wie es Belege für eine allgemeine Wahrnehmung globaler Bedrohungen und Chancen wiedergibt. Die ESS muss als prästrategisches Konzept betrachtet werden. Demgemäß ist die strategische Vision der EU immer noch weitgehend unterentwickelt, weshalb auch jegliche kohärente Vorstellung davon fehlt, wo, wann, warum, wie und womit die Union agieren wird. Als kritisch erweist sich, dass die ESS den EU-Sicherheitsplanern keine oder nur eine begrenzte Richtungsvorgabe, weder im zivilen noch im militärischen Bereich, bietet. Sie muss daher weiter ausgearbeitet werden, hin zu einem Europäischen Strategischen Konzept, das die Rolle der EU stärkt und auf dem Prinzip basiert, dass Sicherheit als unteilbar verstanden wird und die Aktivitäten der Mitgliedstaaten im Sinne einer strategischen Wirkung zusammengeführt werden.

**Ein prästra-  
tegisches  
Konzept**

### 3.5 Erforderliche Arbeiten

Sowohl die GASP als auch die ESVP sind reaktiv geprägt. Besonders die ESVP wurde in erheblichem Maß von regionalen Ereignissen, vor allem auf dem westlichen Balkan, vorangebracht. Folglich hat sich die ESVP auf kleine Kriege in Europa konzentriert, obwohl Europas Interessen von der EU sowohl eine globale Sicherheitsvision als auch eine umfassende strategische Antwort verlangen. Aus den heutigen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen lässt sich ableiten, dass die Europäer gar keine andere Wahl haben, als die Reichweite und Intensität ihrer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auszubauen. Dabei gilt es, die Frage nach der Natur der politischen Organisation und der Identität Europas – politische Integration versus Intergouvernementalismus – von der Entwicklung Europas in einen glaubwürdigen globalen Sicherheitsakteur zu trennen. Die zentralen Entscheidungen, die für die Entwicklung eines handhabbaren und leistungsfähigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspotenzials erforderlich sind, können nicht noch einmal zehn Jahre hinausgeschoben werden.

**Reichweite  
und  
Intensität  
sicherheits-  
politischer  
Zusammen-  
arbeit**

### 3.6 Strategische Partnerschaften

Eine europäische Grand Strategy müsste auf vier Pfeilern beruhen, d. h. auf strategischen Partnerschaften, dem transatlantischen Verhältnis, strategischen

<b>Entwicklung strategischer Partnerschaften</b>	Ressourcen und Fähigkeiten sowie öffentlicher Unterstützung. Alle vier Bereiche bedürfen jedoch der Stärkung. Damit die EU ein strategischer Akteur werden kann, müssen sich ihre Ambitionen in den strategischen Partnerschaften widerspiegeln. Trotz aller rhetorischen Stärken fehlt es den strategischen Partnerschaften der EU nur zu deutlich an Substanz. Konsequenterweise fordert die ESS besondere Verbindungen mit den Mächten Russland, Japan, China, Indien und natürlich den USA. Auf institutioneller Ebene sucht die EU eine ähnliche Partnerschaft mit der NATO. Doch gerade das Verhältnis zwischen EU und NATO ist eines der dysfunktionalsten Beziehungsgeflechte der EU, da gegensätzliche nationale Politiken allenfalls oberflächliches Engagement zulassen. Die Schwäche der EU, unbequeme Fragen anzugehen, manifestiert sich in der GASP. Es geht um die fehlende Bereitschaft anzuerkennen, dass die EU möglicherweise eines Tages in Konfrontation zu einer anderen Großmacht gehen muss und dass eine solche Konfrontation im schlimmsten Fall militärisch werden könnte.
<b>Beziehungen zu Russland</b>	Diese Schwachpunkte sind im Hinblick auf das strategische Verhältnis der EU mit Russland besonders auffällig. Es gibt tiefgründige Auffassungsunterschiede mit Russland über Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – genau die Werte, auf denen die EU gründet. Es ist kein Zufall, dass sich die Verhandlungen über zwei Jahre hinzogen, bis die Vereinbarung von 2005 über die sogenannten „vier gemeinsamen Räume“ zwischen der EU und Russland zustande kommen konnten. Die langwierigsten Verhandlungen betrafen den gemeinsamen Raum der äußeren Sicherheit und den gemeinsamen Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht. Der gemeinsame Raum der Forschung, Bildung und Kultur sowie der Wirtschaftsraum hingegen brachte nur wenige Probleme auf. Russland hat eine sehr viel klarere Vorstellung von seinen Interessen als die EU, doch die Art, wie die russische Führung ihre Interessen verfolgt, führt zu Meinungsverschiedenheiten. Moskaus Drohung, sich aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) zurückzuziehen und wieder Raketen mit Nuklearsprengköpfen gegen Europa zu richten, ist ein Zeichen für die kontroverse russische Haltung und zieht den Widerspruch der EU nach sich.
<b>Energie als Druckmittel</b>	Europäische Länder meiden oftmals eine offene Kritik an Russland, auch wenn sie von dessen inneren politischen Entwicklungen der vergangenen Zeit, der Schwächung der Demokratie und des außenpolitischen Kurses betroffen sind. Die EU muss akzeptieren, dass Russlands wieder erstarkte Außenpolitik mit seiner politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsordnung eng verknüpft ist. Nachdem der Kreml die Kontrolle über die Erdöl- und Erdgasproduktion wiedererlangt hat, gestaltet er den Energiebereich in ein strategisches Mittel zur Machtentfaltung um. Die Tatsache, dass Europa immer mehr auf russische Energie setzt, macht nicht nur eine EU-Energiepolitik, sondern auch langfristige Bemühungen um eine Diversifizierung der Energielieferanten immer notwendiger, um die Abhängigkeit von einem einzigen Akteur zu vermeiden. Die Streitigkeiten von 2006 zwischen Russland und der Ukraine sowie 2007 zwischen Russland und Belarus, die zu Lieferengpässen in mehreren EU-Staaten führten, muss von Seiten der EU kritisch betrachtet werden.

Es ist viel vom Aufstieg Chinas zur Weltwirtschaftsmacht und regionalen Militärmacht die Rede. Zugleich jedoch scheint es der EU an einer kohärenten Politik für den Umgang mit China zu fehlen. Die Mitteilung der Europäischen Kommission zu den Beziehungen EU-China vom Oktober 2006 bildet einen Anfangspunkt, um europäische Bedenken hinsichtlich der Volksrepublik auszudrücken. China ist der zweitgrößte Handelspartner der EU nach den Vereinigten Staaten, während für China die EU der wichtigste Handelspartner ist. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit der sich das Handelsdefizit der EU gegenüber China vergrößert, sind alarmierend. Im Jahr 2005 betrug das Defizit 106 Milliarden Euro – das größte Defizit, das die EU mit einem Drittland hat. Während die Europäische Kommission darauf hinarbeitet, die Zugangsmöglichkeiten für europäische Unternehmen und europäische Investitionen in China weiter zu verbessern, wird von chinesischer Seite auf die ihrer Meinung nach protektionistische Politik der EU hingewiesen. Obwohl gerade die EU Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO unterstützt hat, scheint sich diese politische Investition für die Europäer bislang nur schrittweise zu amortisieren.

**Beziehungen  
zu China**

Sowohl in den verschiedenen europäischen Strategiepapieren zur Chinapolitik als auch im „EU Policy Paper“ der chinesischen Regierung von 2003 werden unterschiedliche Perzeptionen eingeräumt. Folglich muss die Notwendigkeit einer Stärkung des bestehenden Dialogs über diese entscheidenden Fragen weiter verfolgt werden, sodass eine Beziehung auf gleicher Augenhöhe entsteht, in der die EU offen und mit einer Stimme China gegenübertritt.

**Verstärkung  
des Dialogs**

### **3.7 Das transatlantische Verhältnis**

Das transatlantische Verhältnis bedarf einer Erneuerung. Die Verluste der Republikaner bei den „Mid-Term Elections“ im November 2006 sind zu einem großen Teil auf Bedenken der amerikanischen Bevölkerung hinsichtlich der Ausrichtung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik zurückzuführen. Die öffentliche Unterstützung für den Krieg im Irak und die Afghanistanpolitik hat deutlich abgenommen. Daraus ergibt sich für die Vereinigten Staaten Ungewissheit über die zukünftige Orientierung, die Schwerpunkte der eigenen Führungsrolle und die Frage, wie die für diese Führungsrolle erforderlichen Erfolge erzielt werden können. Trotz all ihrer Schwächen bleibt die amerikanische strategische Führung in einer von Instabilität geprägten Welt von Gewicht. Zugleich ist aber offensichtlich, dass die alten Grundannahmen, auf denen das transatlantische Verhältnis begründet war, nicht mehr gültig sind. Ein strategisches Europa würde daher die Tür zu einem modernisierten transatlantischen Verhältnis öffnen, das strategische Optionen schafft, und zwar für Europa wie auch die Vereinigten Staaten. Aus dem gegenwärtigen niedrigen Investitionsniveau in Sicherheit und Verteidigung in Europa entsteht der Eindruck eines zögerlichen Europas statt einer gereiften Partnerschaft, die für eine Politik des aktiven Engagements eintreten.

**Erneuerung  
des trans-  
atlantischen  
Verhältnisses**

**„High politics“ in den transatlantischen Beziehungen**

Das transatlantische Verhältnis muss sich verändern, um dem politischen Status seiner Mitglieder und ihren Bedürfnissen zu entsprechen. Seit dem Ende des Kalten Krieges war das transatlantische Verhältnis auf die Entwicklung einer neuen sicherheitspolitischen Ordnung ausgerichtet, doch wie sich am Beispiel der Kriege auf dem Balkan zeigte, veränderte sich die Qualität der transatlantischen Beziehungen nicht. Die transatlantischen Beziehungen konnten nie besonders gut mit Sicherheitsfragen im kleinen Maßstab umgehen, sie waren vielmehr dafür geschaffen worden, sich mit „high politics“ und fundamentalen Sicherheitsfragen auseinanderzusetzen. Solche Fragen können in der nahen Zukunft immer drängender werden, wie die Ereignisse im Iran und in Nordkorea veranschaulichen. Angesichts der Erkenntnisse über die Komplexität von Sicherheit im 21. Jahrhundert werden Europäer und Nordamerikaner gleichermaßen von der Frage geleitet, ob die globalen Entwicklungen eine Modernisierung des transatlantischen Verhältnisses zur Folge haben werden. Eine solche Modernisierung verlangt eine leistungsfähige und strategisch ausgerichtete EU.

### **3.8 Strategische Fähigkeiten und Leistungskraft**

**Entwicklung militärischer Fähigkeiten**

Im Headline Goal 2010 zeigen sich die der ESVP inhärenten Widersprüche. Die Ambition ist klar: „Aufbauend auf dem Planziel von Helsinki und seinen Fähigkeitszielen und eingedenk der bestehenden Mängel, die noch behoben werden müssen, haben die Mitgliedstaaten beschlossen, sich dazu zu verpflichten, im Jahr 2010 in der Lage zu sein, durch rasches und entscheidendes Handeln reagieren zu können in Verfolgung eines vollkommen kohärenten Ansatzes im vollen Spektrum der vom Vertrag über die Europäische Union abgedeckten Krisenbewältigungseinsätze. Dazu gehören humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der Erhaltung des Friedens, Aufgaben von Kampftruppen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen. Wie in der Europäischen Sicherheitsstrategie angelegt, könnte dies auch gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen und die Unterstützung anderer Länder bei der Bekämpfung des Terrorismus und bei der Reform des Sicherheitssektors umfassen.“ Das heißt: Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) stellt eine direkte Verknüpfung zwischen den erklärten sicherheits- und verteidigungspolitischen Ambitionen der EU, dem strategischen Umfeld, in dem sich die EU bewegt, und dem Bedarf an kollektivem europäischem Handeln dar, um positiven Einfluss zu entfalten.

**EU Battle Groups**

Im Mittelpunkt stehen die EU Battle Groups (EU-Einsatzgruppen), die Grundbausteine einer modularen Krisenbewältigungs-, Notfall- und Einsatzfähigkeit. Als eigenständig handlungsfähige Einheiten, mit einer Stärke von etwa 1 500 Personen ausgelegt, handelt es sich bei den Battle Groups um landorientierte Streitkräfte, die zu rascher Verstärkung und Entwicklung fähig sind und bei Bedarf von Luft-, Marine- und Sondereinsatzkräften unterstützt werden können. Diese Gefechtsverbände sind als robuste Streitkräftepakete konzipiert, die dafür aus-

gelegt sind, eine Reihe von Mission durchzuführen, einschließlich der Separierung von Konfliktparteien, Konfliktverhütung, Evakuierung, humanitärer Beistand sowie Stabilisierung und Wiederaufbau. Bis Ende 2007 ist vorgesehen, dass sieben bis neun Battle Groups verfügbar sein werden, und 14 im Jahr 2009, wenngleich immer nur zwei zur gleichen Zeit einsatzbereit sein können und ihre Verwendung stets von der Zustimmung der Mitgliedstaaten abhängig bleiben wird. Die Battle Groups sind keine stehenden Einheiten und sie werden nach ihrer Einsatzrotation aufgelöst. Hier liegt ein Schwachpunkt, da viele dieser gleichen Kräfte unter Umständen auch andere Aufgaben in anderen Missionen und anderen Institutionen erfüllen müssen und es fraglich ist, in welchem Maß sie je zum Einsatz kommen werden.

Die „Capability Improvements Chart I/2006“ legt dar, dass von 64 in diesem Katalog aufgeführten Fähigkeitsmängeln und Lücken in den Bereichen Landstreitkräfte, Marine, Luftwaffe, Mobilität und ISTAR (Nachrichtenwesen, Überwachung, Zielerfassung und Aufklärung) 7 offiziell gelöst worden sind, 4 verbessert werden und 53 im Zeitraum 2002 bis 2005 unverändert geblieben sind. Ohne eine leistungsfähige und glaubwürdige ESVP ist die GASP eher eine Übung in politischer Rhetorik als ein sinnvoller Beitrag zur europäischen Sicherheit, noch weniger zur weltweiten Sicherheit. Selbst wenn das Headline Goal 2010 erreicht wird, stellt sich die Frage, ob es den Europäern wirklich die erwünschte und benötigte Sicherheit verschaffen wird.

**Mängel  
militärischer  
Fähigkeiten**

Die Widersprüchlichkeiten beschränken sich nicht auf das Headline Goal 2010. Es muss zudem eine auf neue Haushaltsmechanismen gestützte gemeinsame Finanzierung etabliert werden. Die Kosten von ESVP-Missionen werden grundsätzlich ‚dort getragen, wo sie anfallen‘, d. h. jeder teilnehmende Mitgliedstaat zahlt die eigene verwendete Ausrüstung und das eigene Personal bei Auslandseinsätzen. Auch wenn einige der größeren Staaten bei der Forderung nach gemeinsamer Finanzierung bisher zurückhaltend gewesen sind, aus Angst, sie könnten die Kontrolle über Einsätze verlieren, erlegt das gegenwärtige System den Führungsländern von ESVP-Koalitionen einen unverhältnismäßig großen Teil der Last auf. In Wirklichkeit wird in diesem System das Trittbrettfahren kleinerer Staaten ebenso möglich wie mangelnde Rechenschaftspflicht der großen Staaten. Gemeinsame Finanzierung würde natürlich die Führung in mancher Hinsicht einschränken. Zugleich würde sie allerdings auch die Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten auf Einsätze im gesamten Missionsspektrum verstärken.

**Gemeinsame  
Finanzierung**

Bessere Risiko- und Lastenverteilung ist wichtig, weil die teilnehmenden Staaten nicht nur mehr Geld aufbringen müssen, sondern auch ihr Personal ein ungleich höheres Risiko. Dieses Dilemma zeigt sich sogar innerhalb von Einsätzen, da zu viele Mitgliedstaaten zwar den Eindruck erzeugen wollen, als seien sie aktiv, aber durch sorgfältig formulierte und eingeschränkte Einsatzregeln die Risikolast auf ihre Partner abwälzen. Wird dieser Grundmangel an Solidarität nicht aufgelöst, wird die EU als sicherheitspolitischer Akteur trotz noch so geschickter politischer und institutioneller Arrangements auf höchster politischer Ebene geschwächt bleiben.

**Bessere  
Risiko- und  
Lasten-  
verteilung**

### 3.9 Öffentliche Unterstützung

#### **Führung und öffentliche Unterstützung**

Eine europäische Grand Strategy wird wenig Wert haben, wenn es an stabiler öffentlicher Unterstützung fehlt. Die Ambiguität, mit der europäische Politiker zur ESVP stehen, wird durch ähnliche Zwiespältigkeit bei den Bürgern der EU verstärkt. Viele Europäer sind hinsichtlich der Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sind und wie sie diesen am besten begegnen sollen, verunsichert. Die Eurobarometer-Umfragen zur Stimmungslage der Europäer zeigen regelmäßig eine hohe öffentliche Unterstützung sowohl für die GASP als auch die ESVP. Eurobarometer 66 belegte, dass 75 Prozent der Europäer für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten sind und 68 Prozent gerne eine gemeinsame Außenpolitik der EU verwirklicht sähen.

#### **Geringer Stellenwert von Sicherheit**

Die scheinbare starke öffentliche Unterstützung darf jedoch nicht mit einer hohen Prioritätensetzung unter Europäern zugunsten von Sicherheit verwechselt werden. Im Gegenteil: Auf die Frage nach den herausragenden Themen, auf die sich die EU konzentrieren sollte, ziehen die Europäer wirtschaftliche und soziale Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik vor. Eurobarometer 65 zeigte, dass 43 Prozent der Europäer dafür sind, dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit oberste Priorität einzuräumen, während ebenfalls 43 Prozent die Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung als Schwerpunkt sehen. Die Bewahrung von Frieden und Sicherheit nimmt mit 31 Prozent die dritte Stelle ein. Der Bekämpfung des Terrorismus wurde nur von 19 Prozent der Bevölkerung Priorität zugemessen, während die politische und diplomatische Selbstbehauptung der EU in der Welt gerade von 5 Prozent als notwendig erachtet wurde. Die öffentliche Unterstützung für die Weiterentwicklung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas ist begrenzt. Häufig verstecken sich europäische Politiker hinter einer diffusen öffentlichen Meinung, anstatt diese aufklärend zu gestalten.

### 3.10 Notwendige Maßnahmen für europäische Sicherheit

Die Europäische Union hat seit der Veröffentlichung der Europäischen Sicherheitsstrategie im Dezember 2003 einige Fortschritte bei der Ausgestaltung ihrer sicherheitspolitischen Rolle in der Welt gemacht. Da die Union einem umfassenden Ansatz folgt, ist sie darauf eingestellt, den komplexen Herausforderungen, mit denen sich die Europäer im 21. Jahrhundert konfrontiert sehen, zu begegnen. Doch das Tempo der Veränderungen im internationalen Umfeld der EU ist wesentlich höher als jenes der sicherheitspolitischen Reformen innerhalb der EU. Während die Frage nach Bedrohungen, Herausforderungen und Reformen in den 90er Jahren hauptsächlich in akademischen Expertenkreisen diskutiert wurde, können sich Politiker diesen Themen heute nicht länger entziehen. Die nächsten fünf Jahre werden für die europäische Sicherheit entscheidend sein.

Vielen Europäern ist nicht oder nur zum Teil bewusst, dass die Sicherheitsinvestitionen, die sie tätigen, mit den Sicherheitswirkungen zusammenhängen, die sie herbeiführen müssen. Jeder Staat trägt die Verantwortung dafür, seine eigene Sicherheitspolitik zu gestalten, und daher werden Sicherheitsinvestitionen zwingend unter dem Blickwinkel von engen Eigeninteressen und Fragmentierung beurteilt. Nur wenn die Bewertung der Rahmenbedingungen auf die Ebene der EU verlagert wird, ist es allen Staaten möglich, über Sicherheitspolitik in globaler Perspektive so zu denken, dass solche Investitionen Sinn ergeben. Das ist ganz besonders bei kleineren EU-Mitgliedstaaten der Fall, deren Sicherheitsinvestitionen nur durch größere Stückzahlen kosteneffizient oder -effektiv gemacht werden können. Diese Investitionen sind im Grunde nur dann sinnvoll, sofern sie europaweite sicherheits- und verteidigungspolitische Bemühungen unterstützen. Nur eine EU-Sicherheitspolitik kann die GASP und die ESVP dazu befähigen, die begrenzten finanziellen Mittel lohnend einzusetzen, die sicherheitspolitischen Haushaltslücken der meisten EU-Mitgliedstaaten überwinden zu helfen und eine bessere Koordination nationaler Sicherheitsprojekte herbeizuführen. Die EU ist weit davon entfernt, ein wirksamer globaler Akteur zu sein, und die Sicherheit der Europäer wird dadurch entsprechend vermindert. Ein Lagebericht kann daher nur zu dem Ergebnis kommen, dass zu wenig und zu langsam geschieht und getan wird.

## 4. Projekt Europäische Sicherheit: Der Führungsplan

Der im Jahr 2003 in Kraft getretene Vertrag von Nizza legt fest, dass die europäischen Institutionen reformiert werden sollen, wenn die EU 27 Mitgliedstaaten umfasst. Im Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien der Union bei, die sich nun auf 27 Staaten erstreckt.

### 4.1 Führung schaffen

#### Führung schaffen

Im Mittelpunkt dieses Berichts der Venusberg-Gruppe steht die Generierung eines sicherheitspolitischen Effekts, der sich auf einen neuen politischen Realismus im Hinblick auf die weltpolitische Rolle der EU gründet sowie auf die Konsolidierung der strategischen Bemühungen Europas und die Bereitstellung entsprechender europäischer Fähigkeiten stützt. Dieser Bericht betont, dass es die Mitgliedstaaten sind, von denen die Sicherheitspolitik in Europa ausgeht, während es auf supranationaler Ebene zu einer Bündelung einzelstaatlicher Anstrengungen kommt. Dies bedeutet aber nicht, dass dadurch der Weg zu einem europäischen Superstaat geebnet wird. Solange der Streit über Organisations-, Deutungs- und Finanzierungsfragen andauert, werden die Mitgliedstaaten – insbesondere die größeren, die über sehr viel besser integrierte Krisenbewältigungsstrukturen verfügen – nicht dazu bereit sein, weiter in den Ausbau der strategischen Strukturen der Union zu investieren.

#### Europäische strategische Kultur

Im Hinblick auf bessere Vorbereitung und Organisation ist es dringend erforderlich, eine europäische strategische Kultur zu schaffen, d. h. sich gemeinsam auf europäischer Ebene mit der Beurteilung von Gefahren und den entsprechenden Reaktionen auseinanderzusetzen. Dies muss auf Grundlage der Möglichkeiten und Beschränkungen, die sich aus Europas Lage, Geschichte, Tradition, Macht, Vorgehensweise und Struktur ergeben, geschehen. Angesichts bewährter Planung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit muss die militärische Dimension dabei eine wichtige Rolle spielen. Interoperabilität, d. h. das effektive Zusammenwirken zwischen Streitkräften verschiedener Staaten, erfordert per Definition die kulturelle Annäherung und Harmonisierung, die für Europas Streitkräfte kennzeichnend geworden sind. Auch ein Europäisches Strategisches Konzept, das mehr als nur rhetorischen Anspruch erhebt, wird von dieser Kultur abhängig sein. Sobald den Menschen das nötige Selbstvertrauen zum Handeln vermittelt wird, ergibt sich alles Weitere von selbst.

#### Strategischer Konsens

In einem von großen, komplexen sicherheitspolitischen Problemen gekennzeichneten Umfeld kommt es ganz besonders auf Führung an. Ein strategischer Konsens zwischen den drei, bei Weitem wichtigsten sicherheitspolitischen Akteuren Deutschland, Frankreich und Großbritannien wird entscheidend sein für die erfolgreiche Gestaltung einer wirksamen europäischen Grand Strategy.

Die europäische Sicherheitspolitik wird durch konkrete Führungs- und Machtrealitäten geprägt. Entsprechend „Military Balance 2007“ summierten sich die Verteidigungshaushalte der EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2006 auf 164,3 Milliarden Euro (auf der Basis der Umrechnungskurse vom 5. Mai 2007 für Großbritannien und andere Nicht-Euro-Länder). Die britischen Verteidigungsausgaben lagen 2006 bei 41,9 Milliarden Euro (=26 Prozent des Gesamtbetrags). Die französischen Ausgaben betragen 35,4 Milliarden Euro (=22 Prozent des Gesamtbetrags), während Deutschlands Aufwendungen 27,9 Milliarden Euro (=17 Prozent des Gesamtbetrags) ausmachten. Die drei größten EU-Mitgliedstaaten brachten also 65 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben der EU-27 auf. Oder anders ausgedrückt: 24 EU-Mitgliedstaaten geben im Durchschnitt 3 Milliarden Euro jährlich pro Staat für die Verteidigung aus, was zum Erwerb der bereits identifizierten Fähigkeiten nicht ausreicht.

**Fakten  
der Macht**

Unterhalb der Ebene der drei großen Mitgliedstaaten wendeten auf der zweiten Führungsebene Italien im Jahr 2006 12,1 Milliarden Euro (=7 Prozent des Gesamtbetrags) auf, die Niederlande 7,8 Milliarden Euro (=5 Prozent des Gesamtbetrags), Spanien 7,7 Milliarden (=5 Prozent des Gesamtbetrags) und Schweden wie Polen jeweils 4,3 Milliarden Euro (=3 Prozent des Gesamtbetrags). Die fünf Staaten der zweiten Führungsebene stehen somit für rund 23 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben der EU. Acht EU-Mitgliedstaaten bringen 88 Prozent der Gesamtaufwendungen für Verteidigung durch die EU-Mitgliedstaaten auf, während die verbleibenden 19 Mitgliedstaaten es nur auf 12 Prozent bringen, wobei ein erheblicher Teil davon auf Griechenland entfällt.

**Zweite  
Führungsebene**

Vor diesem Hintergrund müssen sich die kleineren Mitgliedstaaten entscheiden, ob sie entsprechend einer Sicherheits- und Verteidigungsintegration voranschreiten oder Nischenleistungen zur Unterstützung der größeren europäischen Mächte bereitstellen wollen. Zwar ist ein Dreier-Direktorium notwendig, aber angesichts der begrenzten Fähigkeiten Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens nicht hinreichend, weshalb andere große Länder in diesen Prozess von Anfang an einbezogen werden müssen.

**Spezialisierung  
oder  
Integration**

Deutschlands und Frankreichs Ausrichtung als Landstreitkräfte und Großbritanniens Betonung der See-/Amphibischen Macht lässt ein Ordnungselement innerhalb der EU erkennen. Da alle großen Staaten beteiligt sind (auch wenn sie die Fähigkeit wahren müssen, Einsätze alleine oder mit anderen Partnern durchzuführen), wäre es für alle EU-Mitgliedstaaten aus unterschiedlichen Gründen gewinnbringend, sich an der Entwicklung einer strategischen ESVP zu beteiligen. Staaten, die sich die sich dem verweigern, werden unweigerlich mit der Gefahr einer Marginalisierung konfrontiert.

**Ordnungselement**

Um dem Anspruch einer strategischen ESVP gerecht zu werden, sollte eine Sicherheits- und Verteidigungsgruppe geschaffen werden, die dem Europäischen Rat untersteht, damit sichergestellt bleibt, dass die Führungsfunktion innerhalb des institutionellen Rahmens der EU und nicht außerhalb stattfindet. Eine

**Sicherheits-  
und Verteidigungsgruppe**

solche Gruppierung würde das Primat der Mitgliedstaaten festschreiben, da sie sämtliche sicherheitspolitischen Aktivitäten der Union beaufsichtigen würde. Ein möglicher Ansatz wäre es, eine Führungsgruppierung zu bilden, die Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Polen und Spanien als permanente Mitglieder umfasst, d. h. Staaten der oben genannten ersten und zweiten Führungsebene. Sechs weitere Staaten aus den übrigen 20 könnten einen Sitz für zwei Jahre erhalten, während die anderen 14 Mitgliedstaaten in diesem Zeitraum spezifische Herausforderungsgruppen leiten würden. Bei letzteren würde es sich um aufgabenorientierte Arbeitsgruppen handeln, die sich mit spezifischen Sicherheitsproblemen wie dem Klimawandel, der Wasserknappheit, Veränderungen beim Nahrungsmittelbedarf, dem Bevölkerungswachstum etc. zu befassen hätten.

**Challenge Clusters“**

Dieser Ansatz könnte auch einen Ausweg aus der Problematik eines Kommissionskollegiums der 27 bieten. Obwohl der Vertrag von Nizza vorsieht, dass die Regel, wonach jedes Land einen Kommissar stellt, nicht mehr gilt, sobald die Union 27 Mitglieder erreicht, ist kaum erkennbar, welche Mitgliedstaaten bereit wären, ihren damit verbundenen Einfluss aufzugeben. Auch das Vertragswerk der EU vorsieht, dass sich die Kommissare über die nationalen Interessen zu stellen haben, zeigt die Erfahrung, dass ein echter Altruismus selten der Fall ist. Die Vertragsreform sieht vor, die Zahl der Kommissare zu beschränken und durch Rotation sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten an die Reihe kommen, einen Kommissar zu stellen. Eine derartige Optimierung kann zu einer Verbesserung der Kooperation zwischen Kommission und Rat führen und in Verbindung mit den Mitgliedstaaten der Führungsebene, „Challenge Clusters“ zu leiten und auf diese Weise den Gedanken von Avantgardegruppen und strukturierter Zusammenarbeit zu unterstreichen.

**Direktion für Strategische Angelegenheiten der EU**

Die mit Sicherheit und Verteidigung befassten Bereiche der Kommission und des Rates sollten zu gegebener Zeit in einer neuen Direktion für Strategische Angelegenheiten unter der Leitung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zusammengeführt werden. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) und der Rat für Allgemeine und Auswärtige Angelegenheiten könnten dann in einem neuen EU-Ausschuss für Strategische Angelegenheiten aufgehen. Der einzurichtende diplomatische Dienst würde der neuen Direktion zuarbeiten und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der NATO und den USA sowie all jenen Staaten fördern, die für die Sicherung von umfassender Stabilität eintreten.

## 4.2 Reform des EU-Sicherheitssektors

**Reformbedarf**

Das Drängen auf eine EU-Sicherheitspolitik ist ein Bereich, in dem Deutschland, Frankreich und Großbritannien ihre jeweils eigenen sicherheitspolitischen Erwartungen in Einklang bringen und ihr Vorgehen besser koordinieren müssen, um eine EU-Sicherheitspolitik zu verwirklichen, die sich auf vier strategische Ziele stützt:

- Dem breiten und aus unterschiedlichen Ursachen resultierenden Bedrohungsspektrum frühzeitig entgegenwirken.
- Strategische Partnerschaften mit all den Akteuren aufbauen, die umfassender Stabilität verpflichtet sind.
- Das System institutionalisierter Sicherheit, auf dessen Schaffung der Westen ein ganzes Jahrhundert verwendet hat, wiederbeleben, indem institutionelle Schwächen mit Hilfe eines effektiven Multilateralismus behoben werden.
- Die Sicherheit in und um die EU weiter stärken und hierbei besonderes Augenmerk auf die Nachbarschaften der EU im Mittelmeerraum, im Nahen Osten, in Afrika und in Zentralasien richten.

Um einen zielorientierten Weg in Richtung einer EU-Sicherheitspolitik einzuschlagen, bedarf es einer Reform des EU-Sicherheitssektors. Hierfür müsste sich die Reform der künftigen Rollen von GASP und ESVP hinsichtlich der Zeit nach dem Jahr 2010 auf einen klaren Aktionsplan stützen:

- Die detaillierte Ausarbeitung einer EU-Sicherheitspolitik und damit verbunden die Stärkung der ESS in einem Europäischen Strategischen Konzept.
- Die Konzeption von Führungsmechanismen, einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungsgruppe.
- Die Entwicklung eines Europäischen Strategischen Gesamtansatzes.
- Das Einsetzen eines EU-Außenministers/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der durch einen diplomatischen Dienst und nachrichtendienstliche Ressourcen unterstützt wird.
- Die Umorganisation von Bereichen im Rat und in der Kommission in eine Direktion für Strategische Angelegenheiten.
- Die Erarbeitung einer Europäischen Verteidigungsstrategie unter der Ägide des EU-Militärausschusses durch hochrangige Offiziere der Mitgliedstaaten.
- Die Stärkung der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) und damit zusammenhängend einer europäischen Beschaffungspolitik, die eine tragfähige Grundlage für die neue strategische Sicherheitspolitik schafft, einschließlich der Bedarfsanalyse in strategischen Schlüsselbereichen wie beispielsweise weltraumgestützte Systeme und Aufklärungssysteme.

In der Zwischenzeit müssen die EU-Staaten vermehrt auf informelle Treffen auf Ebene der Außen- und Verteidigungsminister zurückgreifen (in bilateraler, trilateraler oder multilateraler Zusammensetzung). Vor allem müssen sie die selbst auferlegte Einschränkung überwinden, die sich für die meisten Mitgliedstaaten aus der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu EU und NATO ergeben, indem sie die Zielsetzungen der beiden Organisationen klar beschreiben und das Verhältnis zwischen den EU Battle Groups und der NATO Response Force (NRF) verstärken. Gemeinsam müssen sie die Vereinbarungen über den Rückgriff auf

**Überwindung  
des Dilemmas  
EU-NATO**

Systeme und Einrichtungen der NATO mit Hilfe des Berlin-plus-Verfahrens einer Überprüfung unterziehen, um ein System zu sanieren, das nicht effektiv funktioniert. Ein erster Schritt zur Vertrauensbildung zwischen den Institutionen könnte darin bestehen, praktische Vorhaben zu entwerfen, wie zum Beispiel gemeinsame EU/NATO-Crisis Action Teams, die den Weg zu einem vernünftigen und nachhaltig geplanten Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der Allianz ebnen könnten.

**Zivile Aspekte der ESVP** Kurzfristig gilt es, das zivile europäische Krisenmanagement, einschließlich wirtschaftlicher Maßnahmen, besser auf die EU auszurichten und auf das gesamte sicherheitspolitische Spektrum zu erweitern. Die Rolle der Kommission, insbesondere im Hinblick auf Entwicklungspolitik und Hilfsmaßnahmen, muss viel enger mit den Zielen der EU-Sicherheitspolitik verbunden werden.

### 4.3 Institutionelle Reform

**Präzedenzfälle für Flexibilität** Es gibt Präzedenzfälle für ein flexibles, kreatives und doch strukturiertes Vorgehen bei der Problemlösung. Der European Capabilities Action Plan (ECAP) stütze sich auf mehrere Arbeitsgruppen, die von verschiedenen Staaten geführt wurden und sich aus unterschiedlichen Gruppierungen zusammensetzten. Die Leitung dieser Gruppen war keineswegs auf die EU-3 oder andere große Mitgliedstaaten beschränkt. Folglich wäre es nützlich, dieses Prinzip auf die Entwicklung einer breit angelegten sicherheitspolitischen Führung zur Behandlung komplexer Sicherheitsprobleme anzuwenden.

**Stärkung der ESVP** In der Zwischenzeit könnte ein neuer Verhaltenskodex zur Stärkung der Koordination zwischen dem Hohen Vertreter und der Generaldirektion für Außenbeziehung (RELEX) der Europäischen Kommission beitragen. Außerdem sollte der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments echte parlamentarische Kontrollrechte erhalten. Das Herzstück des Systems wäre eine neue Planungsdirektion mit einem aufgewerteten Lagezentrum (SITCEN), die Bedrohungslage sowohl unter kurzfristigen als auch langfristigen Gesichtspunkten zu beobachten und geeignete Handlungsweisen empfehlen. Hierzu würde auch eine EU-Gruppe für Innere Sicherheit (Homeland Security) gehören, die sich um effektivere Bereitschaft und Organisation kümmern würde. Des Weiteren wäre es nützlich, die ESVP durch eine Sektion für strategische Zukunftsentwicklungen zu verstärken, sodass ein zukunftsorientiertes und umfassendes Planziel 2020 entworfen werden kann, das zivile und militärische Bemühungen ins rechte Gleichgewicht bringt.

**Verhältnis Rat – Kommission** Fünfzig Jahre nach den Römischen Verträgen ist es an der Zeit, das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten, dem Rat und der Kommission neu auszuhandeln, um einen spezifischen strategischen Rahmen für die Sicherheitspolitik zu schaffen. Sowohl im Headline Goal 2010 als auch

im Zivilen Headline Goal 2008 zeigt sich wie Kommission und Rat ihr Verhältnis im Bereich der Krisenbewältigung langsam verfeinern.

Wiewohl Strategie und Macht ein enges Beziehungsgeflecht bilden, gilt dies auch für das Verhältnis von Struktur und Organisation. Für den Erfolg des reformierten Vertragswerks wird es entscheidend sein, dass der institutionelle Rahmen der Union an die Erweiterung auf nunmehr 27 Mitglieder und deren sehr unterschiedliche sicherheitspolitische Traditionen und Handlungsweisen angepasst wird, sodass europäische Sicherheitspolitik nicht nur lose mit globaler Sicherheit verbunden bleibt.

**Struktur und  
Organisation**

## 5. Projekt Europäische Sicherheit: Der strategische Partnerschaftsplan

Nach Angaben von Goldman Sachs übertraf Chinas Bruttoinlandsprodukt 2005 jenes von Großbritannien und es wird Deutschland im Jahr 2008, Japan 2033 und die USA 2040 überholen.

### 5.1 Strategische Partnerschaften fördern

#### Stabilität durch strate- gische Partner- schaften

Die strategische Ausrichtung europäischer Sicherheitspolitik kann sich nicht ausschließlich an den transtatlantischen Beziehungen orientieren. Partnerschaften mit neu aufstrebenden und wieder aufstrebenden Mächten sind zu fördern. Hierzu zählen nicht nur Russland, China, Japan und Indien, sondern auch regionale Mächte wie Brasilien, Südafrika, Südkorea und Australien. Gefestigte und dauerhafte Beziehungen zu diesen Staaten führen zu einer Stärkung des effektiven Multilateralismus, also jenem Ansatz, der kennzeichnend für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist. Folglich wird die Union zu einem festen Bestandteil in einem Geflecht von Stabilität fördernden regionalen Institutionen werden, was wiederum sowohl die politische Legitimität als auch die Wirkungskraft der EU unterstützt. Um dies zu erreichen, muss sich die EU um die Annäherung an Schlüsselpartner und soweit möglich um die Abstimmung von Interessen und Werten bemühen. Mittels regelgebundener internationaler Beziehungen kann eine legitime Grundlage geschaffen werden, auf der Maßnahmen zur Verwirklichung gemeinsamer Interessen wie auch zur Bekämpfung gemeinsamer Bedrohungen möglich werden.

### 5.2 Die EU und Russland

#### Strategische Partnerschaft mit Russland

Aus mehreren Gründen müssen die EU und Russland weiter auf eine strategische Partnerschaft hinarbeiten:

- Die gemeinsamen Geschichte und geographische Nähe;
- die Notwendigkeit, den Übergang zur Demokratie in Russland zu unterstützen;
- die Bemühungen, die Bedenken gegenüber Russland, die seitens mittel- und osteuropäischer EU-Staaten bestehen, zu überwinden;
- das gemeinsame Interesse an der Stabilisierung des Kaukasus und der kaspischen Region und die Lösung der dortigen eingefrorenen Konflikte;
- die Maßnahmen zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderung wie dem strategischen Terrorismus und der internationalen Kriminalität;

- die Bemühung, Russland davon abzubringen, eine aggressive Politik gegenüber den Europäern zu verfolgen.

Es ist notwendig, ein tragfähiges, dauerhaftes und faires Verhältnis im Energiebereich herzustellen. In Bezug auf den Gesamtenergieverbrauch betrug die Energieabhängigkeit der EU im Jahr 2005 56 Prozent, wobei 25 Prozent der Erdöl- und Erdgaseinfuhren der Union aus Russland kamen. Da Russland in bedeutendem Maß von den Einnahmen aus Rohstoffverkäufen an seine europäischen Kunden abhängt, besteht bereits eine strategische Partnerschaft. Ohne diese Einnahmen läge Russlands volkswirtschaftliches Wachstum niedriger als die jährlich sieben Prozent, die es im vergangenen Jahrzehnt verzeichnet hat.

**Europa,  
Russland  
und Energie**

Die Europäer müssen daher besseren strategischen Nutzen aus dieser gegenseitigen Abhängigkeit ziehen, um eine echte strategische Partnerschaft mit Russland zu stärken: Erstens durch ein stabiles Beziehungssystem zwischen Lieferant und Kunde, sodass Erdöl- und Erdgaslieferungen gewährleistet bleiben. Zweitens durch konfliktverhütende Maßnahmen. Drittens durch die Umsetzung einer pragmatischen sicherheitspolitischen Agenda für alle betroffenen Akteure. Eine solche Agenda sollte zumindest die Verhütung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie von Kleinwaffen und leichten Kriegswaffen umfassen.

**Europas  
strategischer  
Nutzen**

Europäer und Russen können wirtschaftlich wie politisch von transparenten und stabilen Beziehung profitieren. Jedoch müssen die Europäer ihren Einfluss auf Russland gemeinsam geltend machen, um demokratiefeindliche und aggressive Strömungen zu unterbinden. Dabei sollten die Europäer verdeutlichen, dass es für sie leichter ist, Energie zu sparen und ihre Energiequellen zu diversifizieren, als es für Russland ist, sein Verteilernetz in Richtung Asien auszubauen. Eine Verschlechterung der Beziehungen zur EU wäre zum Nachteil für Russland. Doch um als kohärent handelnder Akteur aufzutreten, müssen die 27 EU-Mitgliedstaaten deutlich solidarischer auftreten als bisher. Die Energiebeziehungen zu Russland könnten sich also durchaus als die erste große Herausforderung für eine EU-Sicherheitspolitik erweisen. Gelingt dies der EU nicht, so wird es der russischen Politik ermöglicht, die Mitgliedstaaten der Union gegeneinander auszuspielen.

### **5.3 Die EU, China und Indien**

Die strategischen Partnerschaften mit China und Indien müssen weit über Handelsstatistiken, Textilquoten oder die Frage des Waffenembargos hinausgehen. Es ist entscheidend, dass die EU und China sowie die EU und Indien jeweils einen strategischen Dialog aufbauen, der darauf basiert, dass sich diese drei Akteure ihrer jeweiligen Rollen bewusst werden, die sie im 21. Jahrhundert nicht nur auf regionaler, sondern auch auf globaler Ebene zu

**Chinas und  
Indiens neue  
Rolle**

übernehmen haben: globale Stabilität verwirklichen. Die Europäer müssen ein besseres Verständnis für die strategischen Konsequenzen des Aufstiegs von China und Indien entwickeln und umgekehrt muss die EU von diesen beiden Staaten als ein glaubwürdiger, autonomer und strategischer Akteur wahrgenommen werden. Ob es sich um die Errichtung einer Freihandelszone im asiatisch-pazifischen Raum, die sicherheitspolitische Stabilität dieser Region oder die Haltung zu Treibhausgasemissionen handelt – die Rolle und die Entwicklung Chinas und Indiens wird hierbei entscheidend sein. Entwicklungen und Ereignisse in Ost- und Südasiens haben in einer vernetzten Welt Auswirkungen bis nach Europa.

**Ausbau der Kooperationsforen...**

Diverse sicherheitspolitische Herausforderungen verlangen die Zusammenarbeit zwischen der EU, China und Indien. Hierzu zählen unter anderem die Bekämpfung des strategischen Terrorismus, die energiepolitische Unsicherheit, eine unausgewogene Migration, ein ernstzunehmender demografischer Wandel, die internationale Kriminalität wie auch die Umweltzerstörung. Die EU-Sicherheitspolitik würde dazu beigetragen, innerhalb Europas das Verständnis der chinesischen und indischen Sichtweisen von der EU als einem strategischen Akteur zu präzisieren. Bestehende Kooperationsforen, hierzu zählt beispielsweise das Asia Europe Meeting (ASEM), müssten als Kernelemente zunächst gestärkt werden, um hieraus eine neue strategische Agenda für die Partnerschaft zwischen der EU, China und Indien zu verwirklichen.

**... gestützt auf Realpolitik**

Hierfür bedarf es erstens einer besseren Koordinierung der jeweiligen nationalen China- und Indienpolitiken der 27 EU-Mitgliedstaaten. Zweitens muss die EU-Sicherheitspolitik eine glaubwürdige militärische Komponente enthalten, denn dadurch wird sich die Bedeutung des Akteurs EU für Peking als auch für Neu Delhi erhöhen. Dies ist keineswegs im Sinne einer konfliktorientierten Politik gedacht. Vielmehr geht es um die Glaubwürdigkeit und das Gewicht einer umfassend europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Russland, China und Indien bringen ihr Machtpotenzial bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen selbstbewusst ein. Dies sollte auch die EU tun, wenn sie als gleichberechtigter Akteur akzeptiert werden will.

## 5.4 Die EU, die USA und die NATO

**Eckpfeiler der Sicherheit**

Das transatlantische Verhältnis bleibt der sicherheitspolitische Eckpfeiler des 21. Jahrhunderts. Entscheidend hierbei ist die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Europa, wobei ein großer Teil dieser Bemühungen auf die EU ausgerichtet ist und durch sie gesteuert wird. Die NATO bleibt als Militärbündnis unentbehrlich, um die Fähigkeit der Amerikaner, Europäer und anderer Staaten bei der militärischen Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus sicherzustellen. Hierfür bedarf es des Zusammenfügens aller entsprechenden staatlichen Instrumente; dies kann in Europa nur mit Hilfe der EU erreicht werden.

Über die europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss es der EU gelingen, Einfluss auf die Vereinigten Staaten zu nehmen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die transatlantischen Meinungsverschiedenheiten der letzten Jahre ausgeräumt werden können. Am Beispiel des Iraks und Afghanistans zeigt sich die Gespaltenheit Europas und es wird deutlich, dass es der amerikanischen Politik gelingt, die Staaten Europas zu instrumentalisieren. Doch das Scheitern der US-Strategie im Irak hat die Amerikaner verunsichert und zu einem grundlegenden Überdenken der strategischen Führungsrolle der USA geführt. Dieser Imageschaden hat Überlegungen gestärkt, denen zufolge wirkungsvolles Handeln in einem Bündnis nicht ohne entsprechende Legitimität erreicht werden kann. Eine Grand Strategy der Europäer muss in funktionierende institutionelle Foren eingebettet sein. Den Vereinten Nationen kommt hier besondere Bedeutung zu: In solch einem Rahmen kann der effektive Multilateralismus durch die transatlantische Zusammenarbeit verwirklicht werden. Sicherlich wird es nicht unproblematisch sein, das transatlantische Verhältnis als politische und sicherheitspolitische Idee neu zu konstituieren. Der politische Betrieb innerhalb des Washingtoner Beltway macht es für amerikanische Politiker immer noch schwer, die durch Partnerschaft auferlegten Schranken zu verstehen. Gleichzeitig wirkt sich das in vielen europäischen Ländern vorzufindende Fehlen einer strategischen Tradition derart aus, dass es zu Verständnisschwierigkeiten hinsichtlich des Bezugs der Mitgliedschaft in einer strategischen Gemeinschaft und den sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten kommt.

**Einbindung  
der USA**

Um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen und verstärkt Einfluss auf die USA ausüben zu können, müssen die Europäer ihre strategische Glaubwürdigkeit untermauern. Dies verlangt eine optimale Organisation sowohl in der NATO als auch in der EU, eine direkte Beziehungen zwischen der EU und den USA sowie vor allem vermehrte europäische Investitionen in die strategischen Fähigkeiten und Leistungspotenziale sowohl ziviler wie auch militärischer Art.

**Sicherheits-  
beziehung  
EU-USA**

Eine pragmatische Ausrichtung der transatlantischen Machtverhältnisse würde sich auf das Profil Europas in der Welt auswirken. Es zeigt sich regelmäßig, dass bei den aufstrebenden Mächten China und Indien die europäische Sicherheitspolitik wenig Beachtung findet und in der asiatischen Region nur die USA nennenswerten Einfluss genießen. Umso mehr ist die transatlantische Zusammenarbeit auch mit Blick auf Asien notwendig. Wenn es gelingt, eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und der NATO zu etablieren, wird die Kombination aus wirtschaftlicher, diplomatischer und militärischer Macht jene Effekte fördern, mit denen die Europäer auf die globalen Herausforderungen reagieren können. Politische Optionen verbunden mit sicherheitspolitischer Flexibilität werden der Schlüssel für Europas Sicherheit im 21. Jahrhundert sein. Auf absehbare Zeit bleibt das transatlantische Verhältnis für die Europäer hierbei ein zentrales Forum.

**Politische  
Optionen**

**Ende trans-  
atlantischer  
Nostalgie**

Auf keiner der beiden Seiten des Atlantiks sollten sich die politischen Akteure der Illusion hingeben, das transatlantische Verhältnis könnte jene Funktion und Bedeutung haben wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Der nostalgische Blick auf ein goldenes Zeitalter, das es nie gab, führte dazu, dass es in Europa und den USA an einer pragmatischen Herangehensweise an heutige Zeitumstände mangelt. Eine neue strategische Partnerschaft in einem modernisierten transatlantischen Verhältnis muss auf den Grundprinzipien von Macht, Praxis und Leistung gestützt werden. Angesichts der ernststen sicherheitspolitischen Herausforderungen wird sich das Hauptaugenmerk hierbei auf die Führungsrolle der großen Mächte richten müssen – ob nun diese Führungsrolle mittels der NATO oder durch die EU zum Ausdruck gebracht wird. Die USA müssen offen für die Chance sein, die sich aus einer Partnerschaft ergibt, und die Europäer müssen in der Lage sein, diese Partnerschaft mit Substanz zu füllen. An Orten wie Afghanistan wird sich entscheiden, ob die ESVP zusammenwächst oder scheitert.

## 6. Projekt Europäische Sicherheit: Der Verteidigungsplan

Von 1,7 Millionen Soldaten in Kampfuniformen in Europa können nur 170 000, also 10 Prozent gleichzeitig einsatzfähig sein.

### 6.1 Die Rolle von Streitkräften

Die Implikationen einer politischen Strategie auf die Bereiche Sicherheit und Verteidigung gilt es neu zu erfassen. Europäische Politik verfolgt nicht das Ziel, antagonistische Akteure nur zu bestrafen, vielmehr geht es darum, ihre Transformation zu fördern. Stabilisierung und Wiederaufbau sind ebenso wichtig geworden wie der Einsatz von Zwangsmaßnahmen. Doch um einen Sicherheitsraum zu schaffen, erfordert es sowohl militärische Fähigkeiten als auch die Kraft, sie einzusetzen. Die Fähigkeit, wirksamen Zwang auszuüben, und Durchhaltekraft bei Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen aufzubringen sind daher Kernelemente einer europäischen Strategie. Limitierte europäische Streitkräfte sehen sich heute mit einem Fähigkeitsengpass konfrontiert, da von ihnen erwartet wird, dass sie beide Aufgaben auf einer unzureichenden Streitkräftegrundlage leisten sollen. Aus diesem Grund muss ein Europäischer Strategischer Gesamtansatz zum Hauptbestandteil des Projekts Europäische Sicherheit werden und durch eine Europäische Verteidigungsstrategie ergänzt werden.

**Eine Europäische  
Verteidigungs-  
strategie**

Sodann muss und wird die Rolle adäquater Streitkräfte in einer EU-Sicherheitspolitik von zentraler Bedeutung sein, da sie die Grundlage für das strategische Selbstvertrauen Europas bilden. Durch eine gestärkte ESVP können langfristige Trends identifiziert werden und die EU kann die nötige Planungsfreiheit erhalten, die sie für eine nachhaltige Vorbereitung auf den Europäischen Strategischen Gesamtansatz braucht. Indem mehr Kohärenz erzielt wird, werden entsprechende Finanzmittel und Ressourcen geschaffen werden können. Im Zuge der strategischen Ausrichtung der ESVP kann auch die Fixierung auf lokal begrenztes Krisenmanagement überwunden.

**Die Rolle  
europäischer  
Streitkräfte**

Das Einsatzspektrum für Europas Streitkräfte sollte im Großen und Ganzen jenes bleiben, das sich aus dem Vertragswerk und der Europäischen Sicherheitsstrategie ableiten lässt. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass alle betroffenen Streitkräfte die langfristige Möglichkeit einer direkten Bedrohung Europas in Betracht ziehen sollten. Außerdem müssen alle künftigen Operationen im globalen Kontext (im Gegensatz zum regionalen Kontext) gesehen und entsprechend geplant werden. Der modifizierte Brüsseler Vertrag der Westeuropäischen Union (WEU) von 1955 existiert weiterhin, einschließlich seines Artikels 5, der einen Automatismus für eine militärische Beistandsverpflichtung darstellt. Der Brüsseler Vertrag sollte konsequenterweise in ein reformiertes EU-Vertragswerk einbezogen werden.

**Umfassendes  
Einsatz-  
spektrum**

**Erweiterung der Petersberg-Aufgaben**

Das reformierte Vertragswerk sieht vor, die Petersberg-Aufgaben auszuweiten. Hierzu zählen: „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten.“

Aus dieser Erweiterung ergibt sich eine militärische Aufgabenliste, die folgende Verteidigungs- und Sicherheitsaspekte umfasst:

- Verteidigungsdiplomatie, d. h. Vertrauensbildung und Abbau von Feindbildern sowie Unterstützung bei der Entwicklung demokratisch verantwortlicher Streitkräfte.
- Strategisches Lageverständnis zur Bereitstellung relevanter nachrichtendienstlicher Daten in Echtzeit für die politische Führung der EU.
- Sicherheitsmaßnahmen in Friedenszeiten, d. h. Bekämpfung von Terrorismus, Kriminalität, Proliferation und Drogenhandel.
- Unterstützung ziviler Stellen in Notfällen wie beispielsweise bei Anschlägen auf kritische Infrastrukturen.
- Rasche Truppenbereitstellung zur Stärkung der inneren Sicherheit der EU oder als Element einer europäischen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus.
- Friedensunterstützende und humanitäre Einsätze sowie sonstige nicht-kriegerische Einsätze zum Schutz europäischer Interessen, der internationalen Ordnung und humanitärer Prinzipien.
- Unterstützung für EU-Maßnahmen zur Konfliktverhütung, wirtschaftlichen Sicherheit und Diplomatie.
- Regionalkonflikt innerhalb der EU als Reaktion auf das Ersuchen eines EU-Mitgliedstaates, einschließlich Aufgaben der Friedensschaffung, möglicherweise gemeinsam mit der NATO.
- Regionalkonflikt außerhalb der EU, der sich auf die europäische oder internationale Sicherheit auswirken könnte, wobei Konfliktlösung möglicherweise gemeinsam mit der NATO geschieht und Aufgaben der Friedensschaffung umfassen kann.
- Weltweite Präventiveinsätze zur Verhinderung von strategischen (möglicherweise auch mit Massenvernichtungswaffen) durchgeführten Terroranschlägen in Europa oder gegen europäische Interessen.
- Abschreckung von Staaten, die im Besitz von Massenvernichtungswaffen sind, einschließlich nuklearer Abschreckung.

**Neues Planungskonzept**

Vor diesem Hintergrund müsste ein neues Planungskonzept auch die militärischen und zivilen Zuständigkeiten definieren, die Fähigkeiten aufeinander abstimmen und die für weltweite Einsätze notwendigen Mittel und Kräfte auf europäischer Ebene bündeln. Entsprechend müsste der Comprehensive Capability Development Process (CCDP) weiterentwickelt werden. Letzterer ist auf Streitkräfte ausgerichtet, die fähig und in der Lage sind, anspruchsvolle Koalitionseinsätze an

jedem Ort der Welt sowie zugleich nachhaltige Stabilisierungs- und Wiederaufbaueinsätze zu unternehmen. Alle europäischen Streitkräfte müssen rechtzeitig die Fähigkeit erwerben, sämtliche von ihnen erwarteten Missionen zu bewältigen. Am Anfang muss die Entwicklung im Ausland einsetzbarer Kräfte besonders betont werden, die zum einen durch Sondereinsatzkräfte und zum anderen durch Gendarmerie-Kräfte, die Stabilisierungsaufgaben wahrnehmen können, gestärkt werden.

Kurzfristig müssen gemeinsame militärische Übungen der EU-Mitgliedstaaten verstärkt werden, verbunden mit einem laufenden Austauschprogramm zwischen kleinen Einheiten. Sofern bereits Vereinbarungen bestehen, sollte die Kooperation vertieft werden, vor allem auf den Gebieten, die für die Befähigung zu strategischen Operationen entscheidend sind, wie beispielsweise strategischer Lufttransport und Luftbetankung. Auch müssen die Führungsstrukturen erkennbar „europäisiert“ werden, um im Lauf der Zeit ein EU Operational Headquarter (EUOHQ) zu errichten. Die EU muss die zur Verfügung stehenden politischen und militärischen Optionen zur Führung von Einsätzen ausbauen, denn es ist entscheidend, unter welcher Flagge die Fähigkeiten eingesetzt werden. Zwischen NATO-geführten, EU-geführten oder Ad-hoc-Koalitionen wählen zu können, kann als eine Stärke und nicht als Schwäche begriffen werden. Doch solange das Verhältnis zwischen den europäischen Streitkräften weiterhin von mangelndem militärischem Verständnis untereinander geprägt bleibt, werden die Mitgliedstaaten kaum zur Übernahme der mit komplexen gemeinsamen Militäreinsätzen verbundenen Risiken bereit sein. Die EU ist ein geeignetes Forum, um die kulturell wie auch militärisch bedingten Schwachpunkte bei der Erzielung militärischer Wirkung zu beheben.

**Aufbau  
militärischen  
Selbst-  
vertrauens**

Durch gemeinsame europäische Mittel, wie in den Bereichen strategischer See- und Lufttransport und C4ISTAR (Führungssysteme, Fernmeldewesen, Informationstechnik, Nachrichtenwesen, Beobachtung, Zielerfassung, Aufklärung), konnten die Stückkosten vermindert und die entsprechenden Systeme erschwinglich werden. Die NATO verfolgt einen ähnlichen Ansatz, wie sich bei der Entscheidung zur Beschaffung der C-17 Globemaster Transportflugzeuge als gemeinsames System zeigt und sondiert ähnliche Lösungen für das Bodenüberwachungsradar Alliance Ground Surveillance (AGS) und das Gefechtsfeld-Raketenabwehrprogramm Alliance Theatre Ballistic Missile Defence (ATBMD). Die Debatte über europäische Raketenabwehr kommt erst jetzt allmählich in Gang und es gilt zu prüfen, ob ein derartiges Verteidigungsinstrument für Europa notwendig wäre. Dem genannten Ansatz folgend, würde es für kleine Mitgliedstaaten leichter werden, sich in eine strategische ESVP einzukaufen.

**Europäische  
strategische  
Systeme**

Zur Vorbereitung auf eine Europäische Verteidigungsstrategie ist eine Reihe von Sofortmaßnahmen erforderlich:

- Die Petersberg-Aufgaben wurden zu Beginn der 90er Jahre vereinbart, doch Rettungseinsätze und humanitäre Aufgaben, Krisenbewältigung und die Rolle von Kampftruppen bei Frieden schaffenden Maßnahmen

**Erforderliche  
Sofortmaß-  
nahmen**

haben sich im Lauf von anderthalb Jahrzehnten deutlich verändert. Nicht nur das Einsatzumfeld ist nun ein ganz anderes, sondern die Komplexität moderner Operationen macht eine Neubewertung der Aufgaben und ihre Implikationen erforderlich.

- Ein besserer gegenseitiger Zugang zu nachrichtendienstlichen Erkenntnissen ist unverzichtbar für effektive und glaubwürdige Militäreinsätze im europäischen Rahmen. Hierzu würde eine nachrichtendienstliche Fähigkeit der EU die bestehenden Vereinbarungen wesentlich verbessern. Folglich sind Fortschritte beim gegenseitigen Zugang zu nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und geschützten Informationen nötig.
- Damit die Mitgliedstaaten der EU die notwendige militärische Ausrüstung zu erschwinglichen Preisen und innerhalb eines realistischen Zeitrahmens erlangen können, muss die europäische rüstungsindustrielle und rüstungstechnische Basis sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite konsolidiert werden. Konsequenterweise muss die Europäische Verteidigungsagentur gestärkt werden und eine verbesserte Initiativ- und Koordinationsrolle bekommen.

## 6.2 Fokussierung europäischer militärischer Planung

### Maßnahmen gegen strategischen Terror

Die neue Bedrohung durch den strategischen Terrorismus kann nicht als eine taktische oder lokale Herausforderung interpretiert werden. Durch Terroranschläge können die öffentliche Ordnung ernsthaft gefährdet und zentrale Infrastruktursysteme unterbrochen werden. Für aktives Gegenhandeln bedarf es deshalb grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Nachrichtendiensten, der Polizei und den Streitkräften.

### Lehren aus Afghanistan und Irak

Die Erfahrungen aus den Einsätzen in Afghanistan und Irak zeigen, dass der Einsatz von Streitkräften gegen asymmetrische Widersacher ein umfassendes Verständnis ihrer Struktur, ihrer Vorgehensweise und ihrer Fähigkeit zur Verlagerung des Kampfgebiets nach Europa erfordert. Solche Feinde haben keinen natürlichen Bezugspunkt wie einen Staat und ihnen kann nicht im klassischen Sinn begegnet werden. Vielmehr werden komplexe militärische Einsätze zum militärisch-operativen Normalfall für europäische Streitkräfte werden. Der EU-Militärausschuss sollte ein Forschungsprogramm einleiten, das Aufschluss darüber gibt, welche Konsequenzen sich folglich für die Fortentwicklung europäischer Einsatzstreitkräfte ergeben.

### Eingreif- und Schutzmaßnahmen ausgleichen

Militärisch auf asymmetrische Herausforderungen zu reagieren, schafft für die politische und militärische Führung in den EU-Mitgliedstaaten das Problem, Eingreif- und Schutzmaßnahmen ausgewogen anzuwenden. Die Erfahrung lehrt, dass es für moderne Streitkräfte in schwierigem Gelände sehr mühsam ist, ihre technischen Vorteile optimal auszunutzen. Bergige Regionen eignen sich nicht für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge. Das Konzept der EU Battle Groups sollte dahingehend weiterentwickelt werden, dass neue Typen von europäischen

Streitkräften, ob zu Land, Wasser oder in der Luft, entstehen, die für entsprechende Herausforderungen der beschriebenen Art eingesetzt werden können.

### 6.3 Schnelle Modernisierung europäischer Verteidigung

Die unterschiedlichen Bemühungen der Mitgliedstaaten, ihre Streitkräfte zu modernisieren, bedürfen einer Überprüfung, müssen aneinander angepasst und als Teile eines europäischen Modernisierungskonzepts betrieben werden, das die Verteidigungsstrategie für die Zeit nach 2010 unterfüttert. Ein solches Konzept müsste alle Aspekte effektiver militärischer Einsatzformen berücksichtigen. Anschließend könnte sich eine regelmäßige Überprüfung der Verteidigungspolitik der EU in Form einer EU Strategic Defence Review als sehr nützlich erweisen. In diesem Zusammenhang sind effektive Richtlinien für die Streitkräfteplanung in Einklang mit dem Verteidigungsplanungsprozess der NATO zu bringen. Aufbauend auf den Überlegungen zu möglichen zukünftigen Missionen müssen im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsstrategie (EVA) eine Reihe von Planungsrichtlinien entwickelt werden. Hierbei sind, vor dem Hintergrund zunehmender Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Streitkräften, Kosten und militärische Wirkung in Beziehung zueinander zu setzen.

**Europäische  
Verteidigungs-  
transformation  
und  
Planungs-  
richtlinien**

Auf mittlere Sicht muss es Aufgabe der Europäische Verteidigungsagentur sein, die Industrie mit der Entwicklung einer Reihe von strategischen Schlüsselfähigkeiten zu beauftragen, darunter eine beschränkte Zahl weltraumgestützter Systeme (Aufklärungs-, Navigations- und Kommunikationssatelliten), unbemannte Flugkörper mit weltweiter Reichweite sowie unbemannte Kampflugzeuge, verbunden mit fortschrittlichen Kommunikationsmitteln und wirksamer Bodenüberwachung. Die EU sollte auch die Durchführbarkeit einer erschwinglichen Gefechtsfeld-Raketenabwehr und wirksamer Unterdrückung feindlicher Luftverteidigung prüfen sowie Fähigkeiten zur offensiven elektronischen Kriegsführung, zu schnellem strategischen See- und Lufttransport und präzisionsgesteuerter Munition. Entsprechend müssen der Capability Action Plan und die Prager Capabilities Commitments aufeinander abgestimmt und weiterentwickelt werden. Das Europäische Parlament stellt in seiner Resolution vom 16. November 2006 über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie fest, „dass die Kapazitäten der Streitkräfte der Mitgliedstaaten und ihre Verfügbarkeit für die Europäische Union durch den Umstand beeinflusst werden, dass die meisten Mitgliedstaaten sowohl Mitglied der Europäischen Union als auch der NATO sind und beiden Organisationen einen Teil ihrer Streitkräfte zur Verfügung gestellt haben“. Deshalb fordert das Europäische Parlament, „dass die Europäische Union weiterhin intensiv mit der NATO zusammenarbeitet, besonders im Bereich der Entwicklung von Fähigkeiten“.

**Weiterent-  
wicklung  
der EVA**

Die finanzielle Lastenteilung muss ebenfalls verbessert werden und die EVA könnte dabei eine besonders wichtige Rolle spielen. Die gemeinsame Finanzierung aller ESVP-Missionen ist eine Vorbedingung für die Wirkungskraft der ESVP. Einer Entscheidung auf höchster politischer Ebene zu EU-Missionen muss ein im Voraus

**Verwirklichung  
gemeinsamer  
Finanzierung**

festgesetzter finanzieller Beitrag eines jeden Mitgliedstaates zugrunde liegen. Hierauf aufbauend wäre ein Programm zur Abdeckung der Kosten bestimmter gemeinsamer strategischer Mittel, auf der Basis einer festgelegten Verteilung der Kosten unter den Mitgliedstaaten, hilfreich, um Europa entsprechende Handlungsoptionen zu verschaffen und die finanziellen Ressourcen optimal einzusetzen.

## 6.4 Eine Europäische Verteidigungsstrategie

### Spezifika der europäischen Verteidigungsstrategie

Der zweite Venusberg-Bericht „A European Defence Strategy“ hatte im Jahr 2004 eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen zur militärischen Rolle Europas gemacht. Die Hauptelemente der vorgeschlagenen europäischen Führungs- und Streitkräftetransformation lauteten wie folgt:

- Strategische ESVP-Missionen sollten in Form von Koalitionen der Fähigen und Willigen durchgeführt werden. Die EU sollte selbst die Verantwortung zur Koalitionsführung übernehmen, um dem europäischen zivil-militärischen Gesamtansatz größere Wirksamkeit zu verleihen.
- Durch ein strategisches verteidigungspolitisches Planungskonzept der EU können die verteidigungspolitischen Planungszyklen der Mitgliedstaaten der Union auf der Grundlage einer detaillierten militärischen Aufgabenliste und einer Einigung über die Rolle von Streitkräften besser koordiniert und harmonisiert werden. Ein solches Konzept würde die Streitkräfte in die Lage versetzen, Aufgaben entsprechend ihrer Fähigkeiten zu erfüllen und gleichzeitig einer Fähigkeits- und Kapazitätskrise entgegen zu wirken sowie zivile Planungskonzepte als Teilstücke des europäischen Gesamtansatzes einzubringen.
- Europäische Fähigkeiten müssen mit den militärischen Aufgaben verknüpft sein, die sich aus der ESS ergeben. Das Headline Goal 2010 muss so angepasst werden, dass die EU-Streitkräfte 75 Prozent aller Missionen, die sich aus der ESS ergeben, ab 2010 durchgeführt werden können.
- Ein Europäisches Modernisierungskonzept für die Streitkräfte ist notwendig. Ein solches Konzept, würde Aspekte der vernetzten Operationsführung nach amerikanischer Art mit europäischen Sondereinsatzkräften verbinden und Friedenserhaltung, Friedensdurchsetzung und Maßnahmen gegen bewaffneten Aufstand einschließen. In den Konflikten des 21. Jahrhundert sind weniger reine Kampfspezialisten als vielmehr vernetzte Vielzwecksoldaten gefragt.
- Vernetzte Fähigkeiten Europas, unterstützt durch strategische Aufklärung und C4ISR-Mittel, werden nötig sein, um die elektronische Integration europäischer Streitkräfte und ihre strategischen Wahrnehmungsfähigkeiten zu gewährleisten. Dies müsste im Rahmen eines Modernisierungskonzepts europäischer Streitkräfte entwickelt werden, wozu sowohl weltraumgestützte als auch luftgestützte Systeme gehören.
- Vernetzte Fähigkeiten Europas werden die Interoperabilität zwischen europäischen Streitkräften verbessern. Sie müssen daher in Verbindung mit einer spezifisch europäischen Militärdoktrin entwickelt werden.

- EU-Streitkräfte benötigen stabile Strukturen für die Einsatzführung. Die Planungs- und Führungszellen der EU bei SHAPE und im EU-Militärstab (EUMS) sollten in NATO-kompatible strategische Hauptquartiere (OHQs) umgewandelt werden, die sowohl anspruchsvolle Operationen im Koalitionsrahmen wie auch Stabilisierungs- und Wiederaufbaueinsätze übernehmen können.
- Um die Bereitstellung von Truppen für komplexe Koalitionen im Rahmen der EU zu erleichtern, benötigt die Union ihre eigene EU-Datenbank zur Streitkräftebereitstellung in Verbindung mit einer Datenbank über zivile Expertise. Derartige Datenbanken müssten über das „committee of contributors system“ auch Streitkräfte und Personal aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten enthalten.
- Die unterschiedlichen Streitkräfterotationen der EU Battle Groups und der NATO Response Force (NRF) müssen besser aufeinander abgestimmt werden, so dass diese Formationen miteinander austauschbar werden, je nach dem Maß der Konfliktintensität und der erforderlichen Durchhaltefähigkeit. Eine intensive Zusammenarbeit wird nicht nur die Interoperabilität erhöhen, sondern könnte auch den Weg zu einer begrenzten Verteidigungsintegration ebnen.
- Europäische Sondereinsatzkräfte sind ein unentbehrlicher Bestandteil von Einsätzen zur Terrorismusbekämpfung. Sondereinsatzkräfte werden bereits gestärkt, aber angesichts der unterschiedlichen Einsatzregeln dieser Kräfte würde ein entsprechendes Ausbildungskonzept und Ausbildungsprogramm der EU und der NATO für Sondereinsatzkräfte deren Leistung und Bereitschaft merklich verbessern und wäre für eine gemeinsame Definition der Rolle von Sondereinsatzkräften sinnvoll. Dadurch würden entsprechenden Bemühungen in der NATO unterstützt.
- Erfolg oder Misserfolg des europäischen Gesamtansatzes wird sich an der Schnittstelle zwischen Konfliktreaktion und Beginn der Stabilisierungsphase entscheiden. Folglich kommt der Europäischen Gendarmerietruppe eine zentrale Funktion für den Erfolg einer Mission zu. Sie wirkt als Entlastung europäischer Kampftruppen und als Schnittstelle zu den zivilen Wiederaufbauteams. Hierfür muss die Europäische Gendarmerietruppe gestärkt werden und als der zentrale Bezugspunkt für EU-Aktionsverbände in Krisenfällen dienen. Diese müssen, vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan, die Arbeit des Rates und der Kommission vor Ort zusammenführen.

Europa bietet einmalige Voraussetzungen dafür, einen strategischen Gesamtansatz im Bereich der Sicherheit zu entwickeln. Dieser kann nicht nur die effektive Ausgestaltung von Sicherheitspolitik prägen, sondern auch beispielhaft für andere Akteure stehen, die sich um die Stabilisierung der internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert bemühen. Doch nur ein ernsthaftes Bekenntnis der EU zu angemessenen Investitionen im Bereich der Fähigkeiten und Leistungen wird es möglich machen, dieses Potenzial auszuschöpfen.

**Europas  
spezifisches  
Potenzial**

## 7. Projekt Europäische Sicherheit: Der Solidaritätsplan

Nach Angaben der OECD wird die EU 2015 mit dem Bruttoinlandsprodukt und der Wirtschaftsleistung der USA gleichziehen.

### 7.1 Besinnung auf die Grundlagen Europas

#### Europäische Solidarität

Die sicherheitspolitische Solidarität der Mitgliedstaaten bildet den Grundstein, auf dem Europa errichtet wurde, sei es durch politische Integration oder intensive zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Die Europäische Sicherheitsstrategie hebt die „zunehmende Konvergenz europäischer Interessen und die Stärkung der gegenseitigen Solidarität“ in der EU hervor. Der Vertrag von Lissabon enthält eine Solidaritätsklausel, die festlegt: „Die Union und ihre Mitgliedstaaten handeln gemeinsam im Geiste der Solidarität, wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist“. Ein solches Bekenntnis zur Solidarität bedeutet keineswegs, politische Integration durch die Hintertür voranzutreiben. Vielmehr handelt es sich um die logische Konsequenz aus der inneren Verfasstheit der EU und den vielen sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen diese im Inneren wie auch in ihren Außenbeziehungen konfrontiert ist. Aus solch einer Perspektive erscheint die fehlende Solidarität hinsichtlich der Erfüllung der Fähigkeitsziele der ESVP und der Finanzierung von ESVP-Einsätzen als störend.

#### Neugewichtung von Erweiterung und Vertiefung

Fünfundzwanzig Jahre nach den Römischen Verträgen ist es nun an der Zeit, sich auf die Grundlagen Europas zu besinnen und das europäische Integrationsprojekt neu zu erfassen. Die EU kann die Folgen der Erweiterung und die Folgen der Globalisierung nicht gleichzeitig verarbeiten. Aus der Wechselwirkung von Erweiterung und Globalisierung entsteht eine Schwächung der Handlungsfähigkeit der EU und die Widersprüchlichkeiten und Auseinandersetzungen über die „Finalité“ des europäischen Integrationsprojekts nehmen zu.

#### Vertrauen durch die Öffentlichkeit

Eine Neuaufnahme der politischen und sicherheitspolitischen Vision Europas ist unumgänglich. Die Sicherheit der Bürger ist nicht nur die erste Pflicht eines Staates, sondern sie bildet auch Teil des Kerns staatlicher Identität. Dies gilt in übertragenem Sinne auch für die EU. Es bedarf erkennbarer Fortschritte im europäischen Integrationsprozess, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Union als sicherheitspolitischen Akteur zu stärken. Dabei muss es um mehr gehen als nur inkrementalistische Schritte.

## 7.2 Der neue europäische Sicherheitskonsens

Die Sicherheitspolitik demokratischer Systeme beruht auf starker öffentlicher Unterstützung. Doch Politiker in Europa tun sich schwer, sicherheitspolitische Themen anzusprechen. Mangels eines breiten öffentlichen Diskurses zur europäischen Sicherheitspolitik fällt es der EU schwer, ihr sicherheitspolitisches Potenzial zu entfalten. So kommt es zu schwachen sicherheitspolitischen Positionen, entsprechend unzureichendem Engagement, und zur Spaltung zwischen Zivilgesellschaft und Militär.

**Fehlender  
öffentlicher  
Diskurs**

Die Politiker in der EU haben die Aufgabe, die Bevölkerung gemeinsam davon zu überzeugen, dass Vorkehrungen für eine sichere Zukunft getroffen werden müssen und dies Mühe, Verpflichtungen und Geld kosten wird. Das heißt nicht, die besondere Bedeutung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme zu leugnen. Diese sind untrennbare Bestandteile europäischer Sicherheitspolitik und müssen als ineinandergreifende Teile einer sicherheitsgesellschaftlichen Politik betrachtet werden.

**Führungs-  
kapazitäten**

Dieser Bericht der Venusberg-Gruppe plädiert nicht für eine Militarisierung Europas. Die Kernaussage dieses Berichts besteht darin, dass es der EU, unter Zugrundelegung eines umfassenden Sicherheitsbegriffes, gelingen kann, ihr sicherheitspolitisches Umfeld zu stabilisieren.

**Keine  
Militarisierung  
Europas**

Ohne öffentliche Wahrnehmung, Verständnis und Engagement kann Sicherheitspolitik nicht gelingen. Den politischen Entscheidungsträgern bleibt keine andere Wahl, als mit der Öffentlichkeit in eine ehrliche sicherheitspolitische Debatte einzutreten. Aufgrund der weltweiten Interdependenz wirken sich Entwicklungen in Asien, Afrika und anderen Regionen auf die physische Sicherheit der Europäer ebenso aus wie auf ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Wohlbefinden. Bislang sind politische Entscheidungsträger jedoch vor einer solchen Debatte zurückgeschreckt. Wenn Menschen weltpolitische Angelegenheiten nicht nur abstrakt als Thema der nationalen Sicherheit ihres Landes, sondern auch im Kontext ihrer eigenen persönlichen Sicherheit und ihres Wohlbefindens wahrnehmen, kann die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine für ihren Erfolg notwendige öffentliche Unterstützung finden.

**Öffentliche  
Debatte**

## 7.3 Vermittlung des europäischen strategischen Sicherheitsgedankens

Vier grundlegende sicherheitspolitische Einsichten sind der Bevölkerung Europas zu vermitteln.

### *Einsicht 1: Sicherung der Unversehrtheit Europas*

Territoriale und gesellschaftliche Unversehrtheit sind die Voraussetzung für ei-

**Einsicht 1:  
Sicherung der  
Unversehrtheit Europas**

genständige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und daher die Grundlage für Europas politische Unabhängigkeit. Ohne diese territoriale Unversehrtheit wird die Teilnahme an anspruchsvollen zivil-militärischen Sicherheitsinsätzen nahezu unmöglich. Die Fähigkeit, Sicherheit nach außen zu projizieren, hängt untrennbar von der Fähigkeit ab, die eigene Gesellschaft zu schützen. Unversehrtheit und Souveränität bleiben also nur dann gewährleistet, wenn Gesellschaften angemessen geschützt sind. Angesichts der Offenheit, auf der die europäische Gesellschaft beruht, kann kein Mitgliedstaat diese Sicherheit alleine gewähren. Für eine autonome Territorialsicherung der EU sind fünf Elemente einzubeziehen: Raketenabwehr, Abschreckung, konventionelle Verteidigung, Lufthoheit und die Bewältigung der Folgen eines (terroristischen) Angriffs („consequence management“), einschließlich einer gesamteuropäischen Planung für die Verteidigung der kritischen Infrastruktur Europas.

**Einsicht 2:  
Europas  
Wohlstand  
bewahren**

***Einsicht 2: Europas Wohlstand bewahren***

Sozialer Zusammenhalt und Stabilität sowie politisches und militärisches Gewicht sind Funktionen von wirtschaftlicher Stärke. Aus kurzfristigen Überlegungen heraus interessieren sich europäische Staaten verständlicherweise für die wirtschaftliche Stabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft. Auf mittlere und längere Sicht besteht jedoch eine sachliche Verknüpfung zwischen der Bewahrung einer westlich orientierten Weltordnung, globaler Stabilität und dem wirtschaftlichen Wohlbefinden Europas. Diese drei Aspekte sind eng miteinander verbunden und die Gewährleistung wirtschaftlicher Sicherheit stellt ein vorrangiges Prinzip des Projekts Europäische Sicherheit dar. Eine Störung der Wirtschaft bedeutet für jede Regierung ein Problem und kann zu einer Untergrabung der Regierbarkeit europäischer Demokratien führen.

In einer globalisierten Wirtschaft können solche Phänomene auch bei anderen Mächten wie China und Russland auftreten. Das Projekt Europäische Sicherheit muss sich daher darauf konzentrieren, Europas Wirtschaftsordnung zu bewahren, denn ohne sie wird die Aussicht auf Solidarität zwischen Völkern und Staaten erheblich geringer. Dies verstärkt wiederum die Notwendigkeit einer EU-Sicherheitspolitik als Rahmen für die nötigen Maßnahmen zur Bewältigung der Schattenseiten der Globalisierung, um die Energieversorgung zu sichern, die gegenwärtige Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten, internationale Versorgungs- und Kommunikationswege zu schützen und Schäden von kritischer Infrastruktur und den Menschen abzuwenden. Das Projekt Europäische Sicherheit liefert Erklärungen, welche Maßnahmen erforderlich sind, aus welchem Grund und zu welchem Preis.

**Einsicht 3:  
Europas  
Stabilität  
garantieren**

***Einsicht 3: Europas Stabilität garantieren***

Offene und demokratische Gesellschaften beruhen nicht nur auf dem höchsten Grad an individueller Freiheit für ihre Bürger, sondern auch auf einem erheblichen Maß an persönlicher Verantwortung für diese Bürger. Es ist genau diese Verantwortung, die den Politikern Europas eine neue Debatte über Länder- und Parteigrenzen hinweg mit den Bürgern Europas abverlangt. Nur dann können

die Bürger ihre Freiheiten angesichts des bestehenden sicherheitspolitischen Kontextes konstruktiv einsetzen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass das politische und gesellschaftliche Leben Europas leicht gestört werden kann und damit einhergehend auch das Vertrauen in Institutionen. Die Gefährdung, die beispielsweise von religiösem Radikalismus ausgehen kann, stellt eine Bedrohung der europäischen Ordnung dar.

Die politischen Eliten Europas müssen größere Anstrengungen unternehmen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft als Teil des Projekts Europäische Sicherheit zu verbessern und zu demonstrieren, sodass durch Integration auf allen Ebenen der europäischen Gesellschaft Sicherheit gewährleistet und Toleranz wieder als Kernstück der politischen Philosophie Europas etabliert werden kann. Das Projekt Europäische Sicherheit muss Solidarität erzeugen, um religiösem Radikalismus und Terrorismus entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck bedarf es innerhalb der EU entsprechend harmonisierter Maßnahmen einschließlich europaweiter Richtlinien gegen Kriminalität und Terrorismus.

Zudem sind gemeinsame Maßnahmen gegen illegale Einwanderung, internationale Kriminalität, strategischen Terrorismus und systemfeindliche Ideologien zu ergreifen. Auch hier muss das Projekt Europäische Sicherheit den Bürgern Europas vermitteln, worin genau die Bedrohung besteht, warum diese Maßnahmen notwendig sind und welche Kosten von ihnen getragen werden müssen.

#### ***Einsicht 4: Europas Umwelt schützen***

Themen der Umweltsicherheit mögen auf den ersten Blick zwar keine unmittelbaren Auswirkungen auf das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben Europas haben, doch die mit Umweltproblemen wie dem weltweiten Temperaturanstieg und der Ausbreitung von Wüsten verbundenen Risiken haben nachhaltige und nachteilige sicherheitspolitische Auswirkungen für Europa. Nicht nur die Zahl illegaler Migranten kann exponentiell anwachsen, sondern auch ein deutlicher Anstieg lokaler und regionaler Kriege in Entwicklungsländern kann die Folge sein, insbesondere in Afrika, mit erheblichen Konsequenzen für die Interessen der Europäischen Union. Solche Konflikte werden Europas Verständnis für die Verknüpfung zwischen globaler Sicherheit und „human security“ auf die Probe stellen. Ein europäischer Strategischer Gesamtansatz muss heute die Vorbereitungen dafür treffen, die betreffenden Partnerländer in den Bereichen Umweltschutz, Katastrophenhilfe, Eindämmung von Krankheiten und Seuchen sowie ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser zielgerichtet zu unterstützen. Dazu muss das Projekt Europäische Sicherheit einen engeren Zusammenhang zwischen europäischen Hilfs- und Entwicklungsleistungen und allen anderen europäischen sicherheitspolitischen Instrumenten herstellen.

#### **Einsicht 4: Europas Um- welt schützen**

Dieser dritte Venusberg-Bericht begann mit der Berliner Erklärung vom März 2007. Es erscheint in diesem Zusammenhang angebracht, mit einem Zitat des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, zu enden. In einer Rede, die er am 23. November 2006 in Den Haag

**Das Ziel der  
Gemeinsamen  
Außen- und  
Sicherheits-  
politik**

hielt, sagte er: „Der Idealismus hinter der Gründung der EU ist von vitaler Bedeutung dafür, wer und was wir heute sind. Und er hilft den Wert der Europäischen Union als eine Kraft zum Wohl der Welt richtig einzuschätzen. Mit Bedacht haben wir eine Zone des Friedens, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit mit mehr als 500 Millionen Menschen aufgebaut. Nun müssen wir diese Zone ausweiten. Und wir müssen den an Europa gerichteten Appell zum Handeln beantworten. Um den Frieden zu fördern und die Gefährdeten zu schützen. Das ist das Ziel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“.

Europa braucht schon heute eine Grand Strategy – nicht erst nach 2010.

**Die Venusberg-Gruppe 2007**



Von links nach rechts: Bo Huidt, Thomas Bauer, Franz H. U. Borkenhagen, Josef Janning, Gustav Gustenau, Julian Lindley-French, Janusz Onyszkiewicz, Stefani Weiss, Klaus Brummer, Yves Boyer, Rob de Wijk, Franco Algieri, Stefano Silvestri

Die **Venusberg-Gruppe** wurde 1999 ins Leben gerufen, um über die Zukunft der europäischen Sicherheit nachzudenken. Unter der Leitung der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh und des Centrums für Angewandte Politikforschung (C A P) in München gehören der Gruppe die folgenden Mitglieder an:

**Franco Algieri**

Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Centrum für Angewandte Politikforschung (C A P), Ludwig-Maximilians-Universität, München

**Thomas Bauer**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Centrum für Angewandte Politikforschung (C A P), Ludwig-Maximilians-Universität, München

**Franz H. U. Borkenhagen**

Fellow der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; ehemaliger Leiter des Planungsstabes, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

**Klaus Brummer**

Projektmanager, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

**Yves Boyer**

Stellvertretender Direktor, Fondation pour la recherche stratégique (FRS), Paris; Lehrbeauftragter an der Polytechnischen Hochschule in Paris

**Gustav Gustenau**

Brigadier; Stellvertretender Direktor der Direktion für Sicherheitspolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien

**Bo Huldt**

Professor, Abteilung für Strategische Studien, Schwedisches Landesverteidigungskolleg (SNDC), Stockholm

**Josef Janning**

Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter des Themenfelds Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

**Julian Lindley-French**

Professor für operationelle Verteidigungskunst und -wissenschaft, Niederländische Verteidigungsakademie, Breda; Leitender Wissenschaftler, Verteidigungsakademie des Vereinigten Königreichs, Shrivenham; Leitender Wissenschaftler, Centrum für Angewandte Politikforschung (C A P), Ludwig-Maximilians-Universität, München

**Janusz Onyszkiewicz**

Mitglied des Europäischen Parlaments und Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Brüssel; ehemaliger polnischer Minister für Landesverteidigung, Warschau

**Stefano Silvestri**

Professor; Präsident Istituto Affari Internazionali (IAI), Rom; ehemaliger stellvertretender Staatssekretär im italienischen Verteidigungsministerium, Rom

**Stefani Weiss**

Projektmanagerin, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

**Rob de Wijk**

Professor für strategischen Studien; Direktor, Haager Zentrum für Strategische Studien (HCSS), Den Haag

## European Foreign and Security Policy

Dieser Report (Nr. 8) entstand im Rahmen des Projekts „Europas weltpolitische Mitverantwortung“, das gemeinsam von der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (C A P) in München durchgeführt wurde. Im Rahmen des Projekts werden Strategien entworfen, um die Befähigung der Europäischen Union zu außenpolitischem Handeln und die strategische Zusammenarbeit der Union mit ihren Partnern zu verbessern. Schwerpunkte des Projekts sind Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik, konstruktive Konfliktregelung und die transatlantischen Beziehungen. Die folgenden Diskussionspapiere sind in der Schriftenreihe des Projekts unter dem Titel „European Foreign and Security Policy“ veröffentlicht worden:

- Nr. 1 Bertelsmann Stiftung (ed.)  
Securing the European homeland: The EU, terrorism and homeland security (August 2005)
- Nr. 2 Franco Algieri, Thomas Bauer, Klaus Brummer  
Options for the Further Development of CFSP and ESDP without a European Constitution (October 2005)
- Nr. 3 Bertelsmann Stiftung  
Why the World needs a Strong Europe... and Europe needs to be Strong. Ten Messages to the European Council. Written by Julian Lindley-French and Franco Algieri; advised by Thomas Bauer, Yves Boyer, Klaus Brummer, Gustav Gusenau, Antonio Missiroli, Stefani Weiss and Rob de Wijk (November 2005)
- Nr. 4 Klaus Brummer  
Die Kosten des Nichthandelns. Warum die EU ein noch besserer Sicherheitsakteur werden muss (The Costs of Inaction. Why the EU must become an even more effective Security Actor) (May 2006)
- Nr. 5 Klaus Brummer (ed.)  
The Big 3 and ESDP. France, Germany and the United Kingdom (November 2006)
- Nr. 6 Klaus Brummer (ed.)  
The South and ESDP. Greece, Italy, Portugal and Spain (March 2007)
- Nr. 7 Klaus Brummer (ed.)  
The North and ESDP. The Baltic States, Denmark, Finland and Sweden (June 2007)
- Nr. 8 Die Venusberg-Gruppe  
Was folgt nach 2010? Leitlinien für die europäische Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung (Juni 2007)

Alle Beiträge sind im Internet abrufbar: <http://www.bertelsmann-stiftung.org>